Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig p. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig p. Reklame im Text. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045 1047 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 25. Januar 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 20

Der gemeinsame Gesetzentwurf eingereicht!

Der kommunistische Gesetzentwurf fast unverändert angenommen!

Wortlaut des gemeinsamen Gesetzentwurfs

Die Vertreter der SPD., der KPD. und des Ausschusses für Fürstenenteignung traten gestern nachmittag abermals unter dem Vorsitz eines Vertreters der Gewerkschaften zusammen. Entsprechend dem Vorschlage des Unterausschusses, der am Tage zuvor eingesetzt worden war, wurde beschlossen, dem Volksbegehren einzureichenden gemeinsamen Antrag zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten folgende endgültige Fassung zu geben:

Gesetz zur Enteignung der Fürstenvermögen

Auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel I.

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder geherrscht haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

Artikel II.

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten:

der Erwerbslosen,

der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen,

der Sozial- und Kleinrentner,

der bedürftigen Opfer der Inflation,

der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Beschaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel III.

Alle Verfügungen — einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen —, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel IV.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb 3 Monaten nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels II dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen durch die Länder zu treffen.

Weiter wurde vereinbart, daß der Antrag, mit der Unterschrift je eines Vertreters der SPD., KPD. und des Ausschusses für Fürstenenteignung versehen, Montag nachmittag im Reichsministerium des Innern eingereicht werden soll.

Die beteiligten Organisationen werden die Aktion jede für sich selbständig führen. Sie sind jedoch einheitlich sich dessen bewußt, daß die gesamten Kräfte des werktätigen Volkes geboten werden müssen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Es gilt jetzt für jeden einen, sein Bestes für den Sieg einzusetzen.

Das Kampfbündnis des Volkes gegen die Reaktion

Halle, 25. Januar.

Unter dem Druck der Arbeitermassen haben die sozialdemokratischen Führer ihren Widerstand gegen die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aufgegeben. Unter dem Einfluß der wachsenden Volksbewegung für die Fürstenenteignung standen die Verhandlungen der letzten Tage über Einreichung eines gemeinsamen Gesetzentwurfes. Daß ein gemeinsamer Gesetzentwurf zustande kam, das ist der erste bedeutungsvolle Erfolg der Massenaktion gegen die soziale und politische Reaktion.

Darüber hinaus häufen sich die Anzeichen, daß diese gemeinsame Aktion der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter **nicht nur auf die Arbeiterschaft beschränkt bleibt, sondern sich zu einem gewaltigen Kampfbündnis des gesamten werktätigen Volkes gegen die Reaktion auswächst.** Die bürgerlichen Mittelparteien, die sogenannten „Republikaner", versuchen mit Hochdruck und Volldampf ein Kompromiß zur Fürstenabfindung zustande zu bringen (die Arbeiterschaft hat ihnen Beine gemacht!) und polaunen jeden Tag alle möglichen Nachrichten in die Welt, um wenigstens den Mittelstand und die Bauern von der Beteiligung an den Aufräumungsarbeiten im monarchistischen Sumpf zurückzuhalten. So bringt die „Vossische Zeitung" Mitteilungen über das Kompromiß der Mittelparteien, die ein **Sondergericht für Fürstenabfindungen** einsetzen wollen. Das Gericht soll ein Sondergericht beim Reichsgericht sein, mit **neun Mitgliedern besetzt** werden und einschließlich des Vorsitzenden dem Reichsgericht angehören. Seine Mitglieder müssen die **Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen.** Den Vorsitz führt der Präsident des Reichsgerichts oder ein Senatspräsident beim Reichsgericht als Stellvertreter. Die dem Reichsgericht angehörenden Mitglieder sollen vom Reichspräsidenten ernannt werden. Die nicht dem Reichsgericht angehörenden Mitglieder werden je zwei auf Vorschlag des Landes und je zwei auf Vorschlag der anderen Partei vom Präsidenten des Reichsgerichts ernannt. Die Zuständigkeit dieses Gerichts soll folgende sein: für alle Auseinandersetzungen, die bis jetzt noch nicht endgültig erledigt sind, für Streitfragen über die Auslegung eines betreffenden Gesetzes, Urteils, Schiedsspruches oder Vergleichs, für die Richtigkeitsklage, für Aufwertungsstreitigkeiten, für Streitigkeiten, wo eine anderweitige Festsetzung der bei einer Auseinandersetzung bestimmten, wiederkehrenden Leistung verlangt wird. Das Gericht soll nach geltendem Reichs- und Landesrecht entscheiden, daneben aber Billigkeitserwägungen berücksichtigen, soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse der Parteien **und** die gesamten Umstände des Falles dies zur Erzielung eines angemessenen Ausgleichs geboten erscheinen lassen. Den Angehörigen der Fürstenhäuser soll eine **durchaus angemessene Abfindung** zuteil werden. Bei Aufwertungsstreitigkeiten soll ein, den Goldwert der festgesetzten Leistungen übersteigender Betrag nicht zugebilligt werden. (Es kann also danach bis 100 Prozent aufgewertet werden.) Irgendwelche Sicherungen sollen geschaffen werden, damit die den fürstlichen Familien oder einzelnen Mitgliedern gewährten Zuwendungen nicht in einer, dem Staatsinteresse widersprechenden Weise Verwendung finden.

So lächerlich und verklausuliert all diese Formulierungen auch scheinen mögen, glauben die Demokraten doch, ihre bisherigen Wähler damit hinters Licht führen zu können.

Der **Demokratische Zeitungsdienst** veröffentlicht eine Erklärung, wonach die **Demokraten zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien die entschädigungslose Enteignung nicht unterstützen werden.** Die Demokraten empfehlen schon jetzt ihren Anhängern, **sich der Stimmabgabe beim Volksentscheid zu enthalten.**

Es bleibt natürlich abzuwarten, ob die meist aus Kleinbürgerkreisen bestehenden Anhänger der Demokratischen Partei sich **mit dieser den Fürsten zugute kommenden Neutralität zufrieden geben werden.** Es scheint jedoch vielmehr, daß auch **diese Front vor dem gewaltigen Massensturm der Entrüstung bereits zu wanken beginnt.** Der bürgerliche Berliner „Montag Morgen" bringt z. B. folgende Mitteilung:

„Die Einigungsverhandlungen (um das Zustandekommen eines Kompromisses) sind durchaus **noch nicht weit vorgeschritten.** Insbesondere wird von **linksstehenden Demokraten** und **Zentrumsmännern** nicht mit Unrecht geltend gemacht, daß durch das ziemlich unerwartete Abschwenken der Sozialisten zu gemeinsamem Vorgehen mit den Kommunisten **eine völlig neue Situation** entstanden sei. Auch wenn man die Aktion als solche zu riskant und das Ziel zu weitgesteckt findet, dürfe man jetzt **nicht besonnend** dazwischentreten. Es sei zwecklos, den Sozialdemokraten, die den Rubikon nun einmal überschritten haben, Warnungen nachzurufen, und **überhaupt etwas zu unternehmen, was den Erfolg des sozialdemokratisch-kommunistischen Vorgehens in Frage stellt.** Vielmehr gelte es, **alle republikanischen Kräfte zusammenzufassen, um nicht durch etwaigen Fehlschlag der Abstimmung der monarchistischen Reaktion zu einem billigen Triumph zu ver-**

Fort mit Geßler und seinen monarchistischen Offizieren!

Ein Regierungsvertreter als Mordgeselle

Der Fall Canaris im Untersuchungsausschuß

Es hat sich das Reichswehrministerium in der deutschen Republik erlaubt, ist ungeheuerlich. In dem Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Prüfung der Gründe der deutschen Niederlage hat auch das Reichswehrministerium seinen Vertreter delegiert. Es war zu erwarten, daß die Enthüllungen Dittmanns über den Matrosenmord von Sassnitz Debatten auslösen würden. **Für diesen Zweck erschien** der Vertreter des Ministers **Geßler Herr Kapitän Canaris.** Es stellte sich heraus, daß der Kapitän Canaris einige Praxis darin hat, militärische Morde zu decken.

Er gehörte zu der Clique der Karl Liebknecht- und Rosa Luxemburg-Mörder und hat dem Leutnant Vogel die Pässe für die Flucht ins Ausland verschafft.

Als Herr Regierungsvertreter im Ausschuß gefragt wurde, ob er mit jenem Mann identisch ist, der die Flucht Vogels inszenierte, verweigerte er die **Antwort.** Das genügte. Von kommunistischer Seite wurde verlangt, **daß der Ausschuß in Gegenwart des Herrn Canaris** weiter tage. Unter den Entrüstungsrufen des größten Teils der Anwesenden verließ Herr Canaris den Saal.

Ein Rückzieher Geßlers und eine erneute Provokation

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 25. Januar.

Der Skandal des Mordgesellen Korvettenkapitän Canaris als Vertreter des Reichswehrministeriums im Untersuchungsausschuß hat eine ungeheure Empörung erregt, **daß sogar Geßler einen Zurückziehen muß.** Die Montag-Presse meldet, **daß Canaris nicht mehr entsandt werde,** und daß sein Verhalten mißbilligt worden sei. Als zweiten beauftragten besonderen Kommissar hat das Reichswehrministerium aber **den Vizeadmiral a. D. von Trotha entsandt, der heute im Untersuchungsausschuß sprechen soll.** Trotha war **unter Roske Chef der Reichsmarine;** in der Nacht auf den 13. März 1920 wurde er von Roske auf Erkundung **nach dem Lager der Ehrhardt-Brigade nach Döberitz entsandt.** Er kam mit dem Bescheid zurück, **daß alles ruhig sei,** da er **nachgewiesenermaßen mit Ehrhardt im Komplott war.** Nur durch die weitherzige Kapp-Amnestie entging er einem Prozeß wegen **Hochverrats.**

•

Diese Episode zeigt, wie die Offiziere des Reichswehrministeriums den Reichstag und die Arbeiterschaft einschätzen. Sie glauben, daß ihnen in der deutschen Republik alles erlaubt ist. Wie lange soll Herr Geßler noch Minister bleiben, der dem werktätigen Volk solche Ohrfeigen verteilt?

Panik bei den Deutschnationalen über die Enthüllungen Dittmanns

Man will die Veröffentlichung der Enthüllungen verhindern

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 25. Januar.

Von nationalistischer Seite **werden alle erdenklichen Anstrengungen gemacht, die Dittmannschen Enthüllungen über den Marineskandal zu unterdrücken.** Eine Anzahl von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses haben den Reichstagspräsidenten **Loebe aufgefordert,** die Broschüre der Dittmannschen Rede, die soeben erschienen ist, **zu verbieten,** da sie sich auf **amtliche Geheimakten** stützt. Die **Rechtspresse meldet das Verbot als vollzogene Tatsache und spricht Loebe rückhaltlose Anerkennung aus.** Die demokratische „Montag-Post" stellt dagegen fest, daß eine **Entscheidung noch nicht vorliege, da Loebe verreist gewesen sei.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260125-12/fragment/page=0001

helfen ... Es liegen bereits zahlreiche Entschließungen demokratischer Organisationen, insbesondere der demokratischen Jugend vor, die eine entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser begrüßen. Auch verschiedene Versammlungen katholischer Arbeiter, die dem Zentrum angehören, haben sich für die sozialdemokratisch-kommunistische Forderung eingesetzt. Sogar der Bayerische Bauernbund veröffentlichte vor zwei Tagen eine Entschließung für die entschädigungslose Enteignung."

Dem Ausschuß für Volksentscheid ging z. B. folgende Resolution zu:

„Die Demokratische Jugend Berlin Westen begrüßt freudig, daß die geschlossene Front der linksrepublikanischen Parteien in der Frage der Fürstenabfindung nunmehr endlich hergestellt ist. Sie wünscht dem Ausschuß, der unter der Leitung des bewährten Herrn Dr. Kuczinski steht, besten Erfolg."

Unsere gut und echt deutschen „republikanischen Parteien" dürften sich also nicht wundern, wenn auch die überwiegende Masse der bürgerlichen Demokraten herzlich wenig Verständnis für Fürstenabfindungen aufbringt, sondern für den Volksentscheid stimmen wird.

Man kann schon heute sagen, daß die von der KPD. eingeleitete Aktion zu einem Kampfe wird, in dem zum ersten Male in Deutschland das große, unbesiegbare Bündnis der einheitlichen Arbeiterklasse mit dem Mittelstand und mit der Kleinbauernschaft hergestellt werden kann, das gewaltige Bündnis, das in Rußland den Zarismus gestürzt und in heroischer Arbeit den ersten Arbeiter- und Bauernstaat schuf, vor dem heute die gesamte Weltreaktion zittert.

Die Arbeiterklasse muß sich in dieser Situation ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt sein. Dieses Bündnis des werktätigen Volkes, das sich heute nur gegen den schamlosen Raubzug der abgedankten Fürsten richtet, das aber morgen führen muß zur endgültigen Vernichtung des monarchistischen Schutzes, der uns vom kaiserlichen Deutschland noch in Justiz, Heer, im gesamten Beamtenkörper hergeboch hinterlassen wurde, das gleichzeitig aber auch eine Mobilisierung der Massen zum Kampfe gegen den jetzigen Reichstag und die zusammengeschobene Regierung von Fürsten- und Kapitalsknechten bedeutet, dieses Bündnis des werktätigen Volkes ist unzerstörbar und muß siegen in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe, wenn es

geführt wird von der deutschen Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei als der bewußteste, aufrechteste und konsequenteste Teil dieser Arbeiterklasse, als der Träger dieses Kampfbündnisses, wird jo wie bisher vorangehen.

Es ist darum jetzt von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der Aktion, daß in erster Linie die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften sich zusammenschließen zur eisernen Phalanx gegen die Unternehmer wie gegen die monarchistischen Parteien und ihre republikanischen Steigbügelhalter. In allen Betrieben müssen die Arbeiter gemeinsame Ausschüsse zur Durchführung des Volksentscheides bilden, die durch aktive Aufrüttelung der gesamten übrigen Bevölkerung der Bewegung den notwendigen mächtigen Impuls geben. In jeder Stadt muß die Agitation mit vereinten Kräften geführt und gesteigert werden.

Nach jahrelangen Niederlagen geht die deutsche Arbeiterklasse, ihre Kräfte durch das Bündnis mit dem Mittelstand und der Bauernschaft verdoppelnd, zu einem neuen entschlossenen Angriff gegen die reaktionäre kapitalistische Front über. Der erste Stoß muß geführt werden am Geburtstag unseres obersten Räuberfürsten, am 27. Januar, wo die Kommunistische Partei zu Demonstrationen im ganzen Reiche aufgerufen hat.

Räumt endgültig auf mit all' dem reaktionären Sumpf, der immer noch Justiz und Polizei, Reichswehr und Verwaltung verpestet!

Heraus zur Demonstration am Mittwoch nach Betriebsschluß:

Keinen Pfennig den Fürsten!

Ist entschädigungslose Enteignung Verfassungsänderung?

Die Monarchisten wenden gegen den Gesetzentwurf auf entschädigungslose Enteignung ein, daß er der Verfassung widerspreche. Nun besagt die Reichsverfassung im Artikel 153 vollkommen klar: „Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen. Enteignung durch das Reich gegenüber Ländern, Gemeinden und gemeinnützigen Verbänden kann nur gegen Entschädigung erfolgen."

Nach dem absolut klaren und eindeutigen Wortlaut der Verfassung ist entschädigungslose Enteignung möglich, sofern sie durch Reichsgesetz ausgesprochen wird. Durch Reichsgesetz kann auch der Rechtsweg völlig ausgeschaltet werden. Nur sofern Länder, Gemeinden und gemeinnützige Verbände enteignet werden sollen, muß eine Entschädigung gezahlt werden. Die ehemaligen Fürstenhäuser tragen aber nicht diesen öffentlichen Charakter und bestehen aus reinen Privatpersonen.

Noske-Severing und die Weisenbilder

Der „Vorwärts" vom 21. Januar wendet sich in einem Artikel, der überschrieben ist: „Die Bilder der Welfen. Kommunistischer Unsinn" gegen einen Bericht der „Roten Fahne". Dort wurde mitgeteilt, daß der ehemalige Braunschweiger Herzog 178 Bilder verkauft hat, davon zwei Bilder nach England, und zwar mit Genehmigung der Herren Noske und Severing.

In der Donnerstag-Sitzung des Rechtsausschusses ließ Severing eine Erklärung abgeben, in der gesagt wird: Noske hat sich zuerst dem Verkauf nach England widersetzt. Schließlich aber hat der Innenminister Severing seine Erlaubnis dazu gegeben.

Die Mitteilungen der „Roten Fahne" beruhen also auf Wahrheit, und es war ja auch der Sozialdemokrat Rosenfeld, der an dem Verkauf der Bilder Anstoß nahm, und es war der „Vorwärts", der diese Angelegenheit zuerst in die Presse brachte. „Vorwärts" und Rosenfeld waren freilich nur solange gegen den Bilderverkauf, bis sie erfuhren, daß ihr eigener Parteigenosse Severing seine Genehmigung dazu erteilt hatte! Jetzt schimpfen sie auf die Kommunisten, die diese neue sozialdemokratische Blamage der Arbeiterschaft mitteilen!

Die Bourgeoisie droht mit einem neuen Sachsen-Einmarsch

Wie die „DAZ." aus Sachsen meldet, sind die Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes Stelling und Stahl seit mehreren Tagen in Dresden, um über die Beilegung des Konflikts der beiden Organisationen mit den 23 Disziplinbrechern zu verhandeln. Wie die „DAZ." mitteilt, ist es unwahrscheinlich, daß die Entscheidung des Parteivorstandes im Sinne der Landesorganisation ausfällt. Sollte aber der Wille der sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter doch durchdringen, so droht die Bourgeoisie bereits mit derselben Maßnahme wie 1923. Die „DAZ." schreibt: „Gibt der Parteivorstand die Rechtssozialdemokraten, die durchweg alte Parteigenossen sind und bisher die Billigung des Parteivorstandes gehabt haben, preis, so wäre nach Neuwahlen ein radikal-sozialistisches-kommunistisches Experiment die Folge. Was ein erneutes Eingreifen des Reiches zur Folge haben müßte.

Aufruf!

An die Mitglieder des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter!

Werte Kollegen!

Der 3. Reichskongreß unseres Verbandes hat die Wiedervereinigung mit dem Baugewerksbund beschlossen. Infolge dieses Beschlusses hat auch der Bezirksverein Halle des V. d. a. B., in seiner Mitgliederversammlung am 5. Januar 1926, diesem Verbandstagsbeschluß einstimmig zugestimmt. Der Bundesvorstand des Baugewerksbundes und mit ihm die Baugewerkschaften lehnen eine geschlossene Wiederaufnahme unserer Kollegen ab.

Um aber die Einheitsfront im Baugewerbe herzustellen, welche im Interesse aller Bauarbeiter notwendig ist, haben die Mitglieder des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle, auch den letzten Schritt hierzu getan, indem sie einzeln nach dem Harz (Baugewerkschaft Halle) gegangen sind und hier ihre Aufnahme im Baugewerksbund durchgeführt haben.

Wir fordern nun alle Kollegen auf, welche ihre Bücher noch nicht in unserem Bureau abgeholt haben, diese Bücher bis Mittwoch, den 27. Januar 1926, abends 6 Uhr, in Empfang zu nehmen.

Unser Bureau wird am Sonnabend, dem 30. Januar 1926, geschlossen und es sind dann alle Ansprüche und sonstige Angelegenheiten mit diesem Zeitpunkt erledigt.

Allen Kollegen rufen wir zu, meldet Euch sofort mit dem Verbandsbuch auf dem Harz an, damit wir zu den kommenden Kämpfen im Frühjahr einig und geschlossen dastehen.

Trotz aller Sabotage der reformistischen Führer, hinein in den Baugewerksbund!

Der Vorstand.
J. A.: Alfred Vandermann.

Geßler und die Große Koalition auf der Anklagebank

Einsetzung des Untersuchungsausschusses über die Fememorde

Der Untersuchungsausschuß über die Ereignisse in der Marine im Jahre 1917 und 1918 hat in diesen Tagen die bodenlose Niederträchtigkeit, die schamlose Mordjustiz und Lockspitzelwirtschaft der kaiserlichen Zeit gebührend beleuchtet. Dem Skandal der Monarchie gleichwertig ist aber der Skandal der Republik, der bei der Besprechung des sozialdemokratischen Antrages auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Femeorganisationen und Fememorde in der Sonnabendsitzung des Reichstags vor den breiten Massen aufgedeckt wurde.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion begründete der Abg. Saenger in ziemlich lahmer Weise den Antrag. Für das Zentrum stimmte der Abg. Neumann dem sozialdemokratischen Antrag zu, trotzdem er betonte, daß er sich nicht alle von den vorgebrachten Vorwürfen zu eigen machen wolle.

Genosse Schneller

erklärte, daß auch die kommunistische Fraktion dem Antrag zustimmt, obwar sie sich keine Illusionen macht, daß gerade nach dem vorliegenden Material und nach dem bisherigen Verhalten der Regierungen – eine restlose Klärung durch das Parlament erreicht werden könne. Es handelt sich vor allem darum, daß die breiten Massen erkennen, in welchen Rechtszuständen wir in der Republik der Weimarer Verfassung leben, und wie dem Treiben von Regierung, Parteien und geheimen Organisationen ein Ende gemacht werden kann. Der Ausschuß hat vor allem folgende sechs Punkte festzustellen:

Den Tatbestand der Fememorde überhaupt, die Organisationen, die den Mordauftrag gegeben haben, die Verbindung dieser Organisationen mit den Parteien und Verbänden der Bourgeoisie, die Verbindung der Femeorganisationen mit den Behörden, der Regierung und der Reichswehr, das Verhalten der Polizei bei der Verfolgung der Mörder und schließlich die Art der Durchführung der Prozesse vor den Gerichten.

An Hand umfangreichen Materials gab Genosse Schneller dann eine Darstellung der einzelnen Fememordfälle. Er weist nach, daß die Fememordorganisationen in den einzelnen Teilen Deutschlands nicht isoliert gearbeitet haben, daß die beiden Hauptorganisationen, nämlich die bei der Schwarzen Reichswehr und bei den völkischen Verbänden, durch Verbindungsleute in enger Beziehung miteinander standen. Besonders wichtig ist das Material, das er über

die Beziehungen des „Stahlhelm" zu den Mordorganisationen

beibrachte. Größtmögliche Unterstützung wurde den Mordorganisationen von den Angehörigen des Landbundes in Mecklenburg gewährt. Aber auch der Heimatbund in Ostpreußen hat sie finanziell unterstützt, ebenso wie Unternehmerverbände größere Geldmittel für die Flucht der Fememörder zur Verfügung gestellt haben.

Alle diese Organisationen haben die Gewißheit gehabt, daß von seiten der Behörden alles getan wird, um die Bestrafung der Mörder zu verhindern. Hier bejaht die Mitschuld der Reichsregierung, insbesondere des Reichswehrministeriums, sowie der Heeresleitung unter General von Seeckt. Die Regierung hat durch Beschränkung der Rekrutierungsmannschaften der schwarzen Reichswehr auf den Kreis der vaterländischen Verbände eine Sicherung getroffen; sie ist auch zum Beispiel gegen die sächsische Zeigner-Regierung mit den schärfsten Mitteln vorgegangen, als diese Enthüllungen versuchte. Erst 1925 hat Geßler die Existenz der schwarzen Reichswehr, den Zweck zur Niederschlagung der Arbeiter und zugleich das Einverständnis der Entente zugegeben.

Wenn heute gerade die SPD. einen Untersuchungsausschuß beantragt, so muß man sich fragen, was sie im Jahre 1923, als sie sowohl in der preußischen als auch in der Reichsregierung saß und unter allen Umständen von Existenz und dem Charakter der schwarzen Reichswehrbande wissen mußte, getan hat. Gerade in der Zeit der

Großen Koalition

sind ja die Hauptmordtaten verübt worden, sind die Vorbereitungen zu den Putschen getroffen worden.

Man muß sich heute schon darüber klar sein, daß die Feststellungen sich vor allem auf das Verhalten der Behörden zu erstrecken haben. Diese haben sich die ungeheuerlichsten Skandale zuschulden kommen lassen. Die politische Polizei hat in einzelnen Fällen der Mittäterschaft Verdächtige mit Nachforschungen beauftragt; in dem Urteil des Schweriner Gerichts ist festgestellt, daß die Angeklagten allen Grund zur Annahme hatten, daß die maßgebenden Regierungsstellen mit ihren Mordtaten einverstanden waren.

Die Nachforschungen nach den Fememördern werden auch dadurch sabotiert, daß jeder Fall einzeln behandelt und nicht der offenkundig auf der Hand liegende Zusammenhang beachtet wird.

Um so dringender verlangen wir uneingeschränkte Aufklärung über die Fememordorganisationen, als es dieselben Horden sind, die, von Reichswehr und industriellen Verbänden bezahlt, seinerzeit auf die Arbeiter Mitteldeutschlands losgelassen wurden. Die Schandtaten in Sachsen und Thüringen sind heute noch ungesühnt. Dafür sitzen heute noch Hunderte von ehrlichen revolutionären Arbeitern wegen der Vorgänge von 1923.

In wenigen Tagen wird

die Regierung der Fememörder

wieder auftreten, die Regierung, in der ein Geßler sitzt, und wird davon sprechen, daß wir in einem geordneten Rechtsstaat leben. Die Regierung wird vielleicht wieder ausdrücklich feststellen, die Verfassung nicht geändert werden soll.

Und in dieser Regierung sitzt derselbe Geßler, der im Jahre der schwarzen Reichswehr damals eine Denkschrift [illegible] hatte, worin stand, es solle ein deutscher Einheitsstaat [illegible] Militärdiktatur geschaffen werden, eine Denkschrift, die er leugnet, die wir aber bereit sind, auf den Tisch des Hauses zu legen, um zu beweisen, daß er mit den Putschisten gemeinsame Sache gemacht hat. Nicht blos mit den Fememordorganisationen verbunden; er ist auch verbunden mit den Münchener Putschisten, genau so wie später, wo er sich verpflichtet hat, [illegible] Königsmacher nicht aufzutreten. (Lebhafte anhaltende Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die Tatsachen, die der Untersuchungsausschuß über den Putsch auftauchen 1917 festgestellt hat, zeigen, mit welcher Strupellosigkeit das kaiserliche Deutschland vorgegangen ist. Bei der Untersuchung wird sich zeigen, welches korrupte System in der [illegible] Republik herrscht. Die Beweise, die dort angetreten werden, wir benutzen, um die breiten Massen aufzurütteln, dieses faulen, morschen und stinkenden Staatsapparat zu säubern. Das Urteil wird nicht ein Untersuchungsausschuß stellen, nicht [illegible] nicht dieser Republik, nicht ein Reichstag wie dieser!

Nach dem Genossen Schneller gibt Könneburg eine [illegible] zustimmende Erklärung der Demokraten ab.

Schließlich wird der sozialdemokratische Antrag als angenommen erklärt, da er von mehr als einem Fünftel der Abgeordneten [illegible] stützt erscheint. Die Zahl der Ausschußmitglieder wird [illegible] Ziffer 21 festgesetzt.

„Dies Kind, kein Engel ist so rein"

Das völkische „Deutsche Tageblatt" wendet sich gegen den Leutnant Oelze, der vor einem Dreivierteljahr angeblich [illegible] Frontbann ausgestoßen wurde, da er im Verdacht der Spitzelei [illegible] Dieser erhob gegen den früheren Geschäftsführer Gerecke die [illegible] daß im Frontbann unter der Leitung Gerecke eine Femeorganisation bestehe. Diese hatte auch den Auftrag, ihn zu beseitigen.

Das völkische Blatt jammert nun, Gerecke hätte durch diese [illegible] digung „schweren wirtschaftlichen Schaden" erlitten. Das Blatt [illegible] „Nimmt man nun an, Oelze käme irgendwann und irgendwie [illegible] Leben, so würde die gesamte Judenpresse selbstverständlich am [illegible] Morgen von neuen Fememorden berichten."

Wirklich, das völkische Blättchen tut nainer als es ist. Wenn [illegible] allerdings – ganz „zufällig"! – „irgendwann und irgendwie [illegible] Leben kommt", so wäre es nicht von seiten der völkischen Fememörder [illegible] vielen Opfer der Feme die „irgendwann und irgendwie" im Dunkel der Nacht ermordet wurden, sie kamen genau so „zufällig" um das Leben.

Mehrheit und Demokratie

Demokratie verlangt nicht Regierungseintritt

Die sozialdemokratische „Chemnitzer „Volksstimme" veröffentlicht einen Artikel über die Frage „Majorität und Demokratie", in [illegible] sich folgende Sätze befinden:

„Nur die bürgerliche Auffassung identifiziert Demokratie und Parlament; die Demokratie, an der die Arbeiterklasse [illegible] und mit der sie das alte Ding, den Staat, neu hämmern, [illegible] eine rein parlamentarische zu sein . . . Im Zeitalter des [illegible] gewichts der Klassenkräfte hört die Demokratie auf, eine [illegible] arithmetische zu sein.

Bedeutet das, wie manche Genossen meinen, daß die [illegible] demokraten sich nun beeilen müßten, den erlangten Machtzuwachs in Ministerposten umzusetzen? Im Gegenteil! . . .

Eine Partei, die Arbeiterpartei, kann auch als Opposition [illegible] sein. Und als Regierung schwach!"

Die Chemnitzer „Volksstimme" trifft mit diesen Darlegungen noch keineswegs die Aufgaben einer oppositionellen Arbeiterpartei, aber sie hat mit ihrer Schlußfolgerung insofern recht, als [illegible] der SPD. bezogene Stellung einer „verantwortlichen Opposition" nur dann einen Sinn hat, wenn die Partei sich gegenüber [illegible] eigenen Volke, das heißt, den werktätigen Schichten gegenüber [illegible] antwortlich fühlt und bei ihrer ganzen Tätigkeit nur die [illegible] essen eben dieser Schichten in Form der schärfsten Opposition [illegible] die Diktatur der Bourgeoisie vertritt.

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen [illegible]

Eine sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete meschugge geworden

Der „Montag-Morgen" berichtet folgendes:

Berlin, 24. Ja[illegible]

In parlamentarischen Kreisen hat es größtes Aufsehen erregt, daß in dem letzten Heft der Zeitschrift „Häuser" Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Marg[illegible] Stegmann als verantwortliche Redakteurin geführt wird. Der „Häuser" ist das in unregelmäßigen Zwischenräumen erscheinende Organ des Häuser-Bundes, in [illegible] Anhänger des Propheten, der sich durch zahlreiche Verfehlungen berühmt gemacht hat, organisiert sind. Diesen Umstand scheint sich auch die Abgeordnete Frau Dr. Stegmann angenommen zu haben. Frau Dr. Stegmann gehört der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an, die voraussichtlich [illegible] Laufe der Woche ihren Ausschluß beschließen wird.

•

Die Frau Dr. Stegmann ist in der Sozialdemokratie sehr [illegible] avanciert. Sie trat erst nach der Revolution der Sozialdemokratie bei und ist nun – obwohl sie Nervenärztin ist – in den [illegible] Häusers gelandet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Frau [illegible] mann ihr Mandat nicht abgeben, sondern sich als Häuser[illegible] bängerin im Reichstag etablieren wird. Ueber Häuser [illegible] braucht man wohl wenig Worte zu verlieren. Häuser [illegible] 4. Mai 1924 in der Wahlagitation ein Manifest erlassen, das [illegible] der ihn nicht wähle, mit der Todesstrafe bedroht.

Die SPD. hat nicht genug Propaganda treiben können [illegible] Fall Katz, der die „Niedersächsische Arbeiterzeitung" stürmen [illegible] Wir haben mit Recht damals diesen Fall für pathologisch [illegible] Die SPD. glaubte uns gerade deswegen eins auswischen zu [illegible] Nun tritt innerhalb der Reichstagsfraktion der SPD. ein Fall [illegible] der noch viel grotesker ist, als der Fall Katz. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Das Wüten der Reaktion in Jugoslawien und Rumänien

Belgrad. Auf der Jagd nach den Mitgliedern der [illegible] schaften und der aufgelösten Kommunistischen Partei Jugoslawien wurden in allen Provinzen Massenverhaftungen, deren Zahl [illegible] Hunderte geht, durchgeführt.

•

Bukarest. Die rumänische Regierung führt jetzt auch die [illegible] Zensur gegen die ausländische Presse durch. Jedes ausländische Blatt muß der Militärzensur vor seiner Verbreitung vorgelegt werden.

Sieg der Opposition im Holzarbeiterverband

In der gestrigen Generalversammlung der Holzarbeiter gelang es der Opposition mit 81 gegen 71 Stimmen zur Mehrheit zu kommen. Die Gewerkschaftsbürokratie, die bisher im Verbande herrschte, geschlagen. Auch dieser Erfolg zeigt, daß eine [illegible] wachsende Bewegung zum Siege führt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260125-12/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Erwerbslose in der Landwirtschaft

S. Erbe (Berlin)

Nicht nur in der Stadt, auch auf dem Lande nimmt die Arbeitslosigkeit immer größeren Umfang an. Gegenüber früheren Jahren sind in diesem Winter insbesondere eine große Anzahl der sogenannten ständigen Arbeiter entlassen worden, also gerade diejenigen, die nach den Verordnungen zur Erwerbslosenfürsorge keinen Anspruch auf Unterstützung haben. Die hierbei besonders in Frage kommende Verordnung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns vom 14. November 1924 bestimmt, daß keine Beitragspflicht vorliegt, wenn der Arbeiter

1. auf Grund eines Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird oder
2. auf Grund eines Arbeitsvertrages auf unbestimmte Zeit beschäftigt wird und ihm nicht ohne wichtigen Grund und mit mindestens dreimonatiger Frist gekündigt werden darf.

In einem Schreiben vom 19. Dezember 1925 des preußischen Wohlfahrtsministeriums an die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterverein igungen wird dazu noch besonders betont, „zwischen Beitragspflicht und Bezugsberechtigung" in der Erwerbslosenfürsorge ist eine Wechselbeziehung", d. h. die vom Beitrag „befreiten" Arbeiter sind auch von der Unterstützung „befreit". Diese „Befreiung" geht — wie das Wohlfahrtsministerium selbst feststellt — bis zu 100 Prozent aller Versicherten der Landkrankenkassen. Das „Wohlfahrts"ministerium fühlt sich verpflichtet, in dem Schreiben nochmals auf seinen Runderlaß vom 30. April 1925 hinzuweisen, in dem zur Verhinderung von „Mißständen" empfohlen wird, daß bezüglich der befreiten Personengruppen entweder das generelle Bedürfnis zur Errichtung einer Fürsorge — vgl. § 1 Abs. 1 der Reichsverordnung vom 16. Februar 1924 — verneint oder im Einzelfalle die Bedürftigkeit besonders streng geprüft wird". Das Schreiben schließt mit dem Hinweis, daß „die Gemeinden zur Errichtung einer Fürsorge nur insoweit verpflichtet sind, als ein Bedürfnis dazu besteht. Nach dieser Fassung der Verordnung ist es durchaus rechtlich zulässig, das Bedürfnis für bestimmte Personengruppen zu verneinen, insbesondere für solche, die keine Beiträge zahlen." In 999 von 1000 Fällen wird das „Bedürfnis" verneint und damit dem „Mißstand" vorgebeugt, daß arbeitslose Landarbeiter Unterstützung erhalten.

Die Gutsbesitzer wenden sich gegenwärtig ganz entschieden gegen jede Einschränkung der Beitragsbefreiung. Die eingangs erwähnte Verordnung des Reichsarbeitsministers soll nicht angewendet werden. Das ist erklärlich. Erstens sind dadurch die Gutsbesitzer ebenfalls von der Leistung der Beiträge entbunden, zweitens können die keine Unterstützung erhaltenden Landarbeiter um so besser zu Lohndrückern verwandt werden.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die Landarbeiterschaft diesen Ausnahmezustand zu einem wesentlichen Teil der sozialdemokratischen Führung des DLV. zu danken hat. Zusammen mit den Gelben haben sich diese Sozialdemokraten nicht nur gegen jeden Kampf gegen die skandalöse Verordnung gewandt, sondern sie haben auch den Landarbeitern empfohlen, ihre Unterschrift zur Durchführung dieser Verordnung zu geben. Das DLV.-Organ vom 16. Dezember 1924 schrieb nach Erlaß der erwähnten Verordnung:

„Es wäre nicht zweckmäßig, sich gegen die Durchführung der Verordnung in den Betrieben zu wenden. Wo die Voraussetzungen für die Beitragsbefreiung gegeben sind, würden die Landarbeiter ihre Unterschrift zu der nach Art. 6 notwendigen Anzeige (bei den Krankenkassen. D. Red.) nicht verweigern."

Erst nach dem Sturm der Opposition im DLV. wandten sich auch die unteren und später die oberen sozialdemokratischen Führer des DLV. gegen die Leistung der Unterschriften, ohne jedoch die Landarbeitermassen zum Kampf für die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen zu mobilisieren. Letzteres steht heute — angesichts des Arbeitslosenelends auf dem Lande — ganz akut auf der Tagesordnung. Der DLV. muß die Landarbeiterschaft allerdings zu großen Kundgebungen, zu Demonstrationen zusammenfassen, innerhalb des ADGB. dahin wirken, daß das Industrie- und Landvolkkartell gemeinsam auf den Plan tritt. Zu der kommenden Generalversammlung wird die DLV.-Mitgliedschaft vom DLV.-Vorstand Rechenschaft verlangen über die zur Beseitigung der Ausnahmebestimmungen unternommenen Schritte.

Gegenwärtig erklärt die DLV.-Führung:

„Der Schutz in Fällen der Arbeitslosigkeit muß jedem Arbeiter zugute kommen. Deshalb lautet unsere grundsätzliche Forderung: Einbeziehung aller Arbeiter aus der Landwirtschaft in die Arbeitslosenversicherung."

Diese Forderung verlangt das Minimalste der notwendigen Maßnahmen. Aber wenn es sich nicht nur um ein Lippenbekenntnis handelt, wenn es den Führern des DLV. wirklich ernst ist mit der Durchführung auch nur dieser Forderung, dann gilt es, die Landarbeiterschaft zum einheitlichen Handeln aufzurufen, eine Massenbewegung zu organisieren.

Was geht im DLV. vor?

In einer am 10. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Ribnitz des DLV. sprach der Kreisleiter Bastian unter anderem auch über den organisatorischen Aufbau des DLV., wobei er erklärte:

„Nach einem vom Gau auf Anweisung des Hauptvorstandes herausgegebenen Rundschreiben haben nunmehr die Zahlstellen aufgehört, für sich abgeschlossene Gebilde mit eigenem Vorstand usw. zu sein. Für jede einzelne Zahlstelle ist von seiten der Verbandsmitglieder ein Vertrauensmann zu wählen, der die Beiträge kassiert und die übrigen Geschäfte mit dem Kreisleiter abwickelt."

Eine solche Regelung würde bedeuten, daß den DLV.-Mitgliedern auch die letzten Reste von Selbstverwaltung und -bestimmung im Verband genommen würden. Mit Recht wurde in obiger Versammlung in der Diskussion erklärt, daß eine derartige Bevormundung und Bevormundung der Mitglieder unmöglich im Interesse des Verbandes liegen könne.

Mitteldeutsche Landarbeiter! Benutzt auch Ihr den „Klassenkampf" zur Verständigung über Eure Arbeit und Ziele im DLV.!

Wie Gewerkschafts-„Führer" die Verbandsinteressen fördern

Metallarbeiterversammlung Roßleben

In der am 18. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung des DMV. war als Referent der Bezirksleiter Fritz Sauer-Artern bestimmt, der u. a. den Arbeitern auch die neue Beitragserhöhung beibringen sollte. In der Diskussion waren die Kollegen auf Grund ihres geringen Verdienstes gegen die Beitragserhöhung und sagten dem Kollegen Sauer verschiedene Wahrheiten über die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen von seiten der Verbandsleitung. Daraufhin erklärte dieser ganz einfach: „Wenn Euch das nicht paßt, so tretet doch aus dem Verband aus." Das rief natürlich helle Empörung hervor, und als nun unserem Fritz der Boden zu heiß wurde, erklärte er kurzweg, daß er nicht länger bleiben könnte. Er hätte in Artern noch eine wichtige Sitzung und verschwand noch während der Versammlung.

Dieses provozierende Vorgehen des reformistischen Leiters muß eine Protestkampagne auch in den übrigen DMV.-Zahlstellen auslösen. Es muß aber auch ganz offen gesagt werden, daß die Gewerkschaftsmitglieder einsehen, daß ohne Munition, d. h. Beiträge, die Gewerkschaften nicht existieren können, und daß die heutige Unternehmer-Offensive verstärkte Munition auf der Gegenseite erfordert. Der richtige Weg ist der, in den Verbänden dafür zu sorgen, daß durch die Aktivität der Mitglieder der Kampfgeist eingeübt und die Gelder wirklich zum konsequenten Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen benutzt werden.

Zum 27. Januar mobilisieren die Gewerkschaftsmitglieder ihre Organisationen zur Demonstration für
entschädigungslose Fürstenenteignung.
Achtstundenzeit und höhere Löhne,
ausreichende Erwerbslosenhilfe.
Nationalisierung der eingeschränkten und stillgelegten Betriebe unter Kontrolle der Arbeiterschaft.
Her mit der Arbeiter- und Bauernregierung!

Die Bibeln des ADGB.

Das „Volksblatt" vom 22. Januar erklärt, daß es kürzlich bei seinem Angriff auf die Bibel-Druckerei des ADGB. insofern in einem Irrtum befangen gewesen sei, als das Neue Testament gar nicht im ADGB.-Verlag gedruckt, sondern lediglich seine Anzeige in einem Reclam-Prospekt vom ADGB. mit verbreitet worden wäre. Dem gegenüber ist merkwürdigerweise im „Vorwärts", dem Zentralorgan der SPD., eine solche Berichtigung nicht zu finden, vielmehr in der Nummer vom 19. Januar noch einmal wieder der Druck im ADGB.-Verlag verteidigt.

Dieser „Vorwärts"-Nummer hat das „Volksblatt" auch seine neueste Kommunistenhetze entnommen unter Ausnutzung eines Berichtes der „Bossischen Zeitung" aus Reuport, daß die Sowjetregierung, nachdem sie seit fünf Jahren die Einfuhr von Bibeln verboten, „jetzt die Genehmigung für den Druck einer erheblichen Anzahl von Bibeln in den Regierungsdruckereien in Moskau und Leningrad erteilt" habe.

Ist dies nicht eine „glänzende Entschuldigung" für die ADGB.-Pfaffen. Sie vergessen dabei nur, daß die Gewerkschaften der Sowjet-Union keine Bibeln verkaufen, daß sie dem Christentum nicht „mit Ehrfurcht begegnen" und für den „Gedanken der Toleranz" mit der Pfaffen keine Verwendung haben. Für die russischen Gewerkschaften ist Religion nicht Privatsache wie beim ADGB., sondern sie bekämpfen die Religion aufs schärfste und pflanzen in die Hirne der russischen Arbeiter und Bauern — die gestern noch Analphabeten waren — die revolutionierenden Gedanken von Marx und Lenin.

Was die russische Regierung anbetrifft, so hat sie, im Gegensatz zu der deutschen Republik des — selig in Gott entschlafenen — Fritz Ebert, die Trennung der Kirche vom Staat konsequent durchgeführt. Sie hat die konterrevolutionären Oberpfaffen an die Wand gestellt und das zusammengeräuberte Kirchenvermögen beschlagnahmt, die daraus gelösten Gelder den Hungernden, das Land den Bauern und die Kirchen dem bildungshungrigen Volke gegeben. Nicht eine Kopeke wird der Kirche aus Staatsmitteln gegeben. Die deutschen sozialdemokratischen Führer aber schanzen dem Pfaffengeschmeiß jährlich Millionen zu.

Wenn die Sowjetregierung, vorausgesetzt, daß die Meldung der „Voss. Ztg." aus Reuport stimmt, die Genehmigung zum Druck von Bibeln in Staatsdruckereien gibt (weil Privatdruckereien nicht existieren), dann zeigt sie nur, daß sie an eine gewaltsame Unterdrückung und Ausrottung des religiösen Gedankens unter dem Millionenheer der Bauern nicht denkt und auch die Verbreitung von einigen Tausend Bibeln nicht zu fürchten hat. Die Sowjetregierung hat die politische und wirtschaftliche Macht in Händen. Sie hat den Pfaffen die Möglichkeit genommen, unter der Maske der Religion konterrevolutionäre Agitation zu betreiben. Sie erzieht die Jugend in ihrem Geiste. Und dieser Geist bürgt dafür, daß der religiöse Gedanke für immer beseitigt wird. Endlich widerlegt sie auch das demagogische Gefeit der Menschewiki von der Unterdrückung der Meinungsfreiheit und entlebt den „Vorwärts" der Notwendigkeit, über Unterdrückung usw. zu jammern, wenn der Vertrieb der Bibel in Rußland verboten bliebe.

Sabotage der Gewerkschaftseinheit

Die IU. der Holzarbeiter lehnt die russische Einladung ab

Das Exekutivkomitee der Internationalen Union der Holzarbeiter hat in seiner Sitzung am 18. Dezember 1925 die Einladung des russischen Holzarbeiterverbandes zu seinem 7. Kongreß, der aus technischen Gründen bis zum 17. Februar verschoben wurde, ebenfalls abgelehnt. Dadurch stellt sich das Exekutivkomitee der IU. in eine Front mit dem Hauptvorstand des DHV. und den rechten Führern der Amsterdamer Internationale gegen die internationale Gewerkschaftseinheit und die russischen Gewerkschaften. In dem Beschluß heißt es:

„Das Exekutivkomitee ist immer noch der Ansicht, daß eine solche Vertretung keinen wirklichen Wert haben kann, weil der russische Verband einer Internationale angehört, die den Internationalen Gewerkschaftsbund aufs schärfste bekämpft, und daß deshalb eine organisatorische Zusammenarbeit zwischen dem russischen Holzarbeiterverband und der IU. erst dann möglich ist, wenn die russische Landeszentrale ihr Verhältnis zum IGB. geregelt hat."

Obwohl ein großer Teil der Mitglieder der Verbände der Holzarbeiter-Union eine Delegation zum russischen Holzarbeiter-Kongreß wünscht und fordert, hat das Exekutivkomitee also die Einladung sabotiert.

Wenn es im Beschluß heißt, daß der russische Holzarbeiterverband sich erst dann an die IU. anschließen kann, wenn er sein Verhältnis zum IGB. geregelt hat, so wirkt es doch recht sonderbar, daß in der gleichen Sitzung vom 18. Dezember der Eintritt des amerikanischen und des südafrikanischen Holzarbeiterverbandes in die Union genehmigt wurde. Beide Verbände gehören bis jetzt noch nicht dem IGB. an; trotzdem wurden sie bedingungslos in die Union aufgenommen. Dem amerikanischen Holzarbeiterverband wurde sogar ein Sitz im Exekutivkomitee eingeräumt!

Uebrigens wird in der „Holzarbeiter-Zeitung" nichts darüber berichtet, ob der Beschluß einstimmig oder gegen eine Minderheit gefaßt wurde. Es ist sicher anzunehmen, daß der Vertreter des englischen Holzarbeiterverbandes, der einen Delegierten nach Moskau entsendet, nicht gegen die Teilnahme der Union am russischen Holzarbeiterkongreß zustimmt hat. Die Mitglieder des DHV. können den Beschluß des Exekutivkomitees der IU. nicht hinnehmen, ohne aufs schärfste dagegen zu protestieren.

Die englischen Gewerkschaften auf dem Posten

Die industrielle Kommission des letzten englischen Gewerkschaftskongresses hielt mit den Führern der Federation der Bergleute Besprechungen über die Ereignisse ab, die sich im nächsten Mai eventuell abspielen können, wenn der Bergarbeiter in der Bergwerksindustrie sowie die Unterstützungsaktion der Regierung aufgehört haben werden. Die Führer der Bergleute wünschten in Erwartung eines Konfliktes eine gewerkschaftliche Bewegung vorzubereiten und sich die Unterstützung der Gewerkschaften im voraus zu sichern. Die Kommission beschloß indes, nichts zu tun, bevor der Bericht der Untersuchungskommission der Bergwerke und die Entscheidungen der Regierung bekannt werden.

*

Es ist bezeichnend, daß sich die englischen Gewerkschaften jetzt schon damit befassen, was im Mai passieren kann. Das kommt beim ADGB. nicht vor. Wenn auch beschlossen wurde, erst nach dem Bericht der Untersuchungskommission und der Entscheidung der Regierung erneut Stellung zu nehmen, so beweist das doch, daß der Wille vorhanden ist, jede drohende Verschlechterung durch Kampf abzuwehren.

In Solingen wurde in der Generalversammlung des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter eine fast durchweg aus oppositionellen Kollegen bestehende Ortsverwaltung gewählt.

In Gumbinnen wählte die Generalversammlung des DMV. zum 1. und 2. Vorsitzenden zwei Kollegen der Opposition. Bis jetzt waren diese Posten in den Händen der Reformisten. Zum Kassierer wurde ein Parteiloser und als Schriftführer ein Kommunist gewählt.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz*)

Die Erwerbslosen in Deutschland beziehen gegenwärtig, sofern die Vorbedingungen erfüllen, Unterstützungen nach der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924. Unter Fürsorge versteht man, daß „fürgesorgt" oder besser „vorgesorgt" wird. Man kann von der gegenwärtigen sogenannten Erwerbslosenfürsorge wahrlich nicht sagen, daß sie vorsorgt, daß sie den Arbeitern die Sorge für die Zeit der Erwerbslosigkeit abnimmt, daß die Beträge viel zu gering, die Bedingungen für den Bezug viel zu schwierig.

Das Wort „Fürsorge", angewandt auf die gegenwärtige Erwerbslosenunterstützung, ist eine doppelte Lüge. Einmal gewährt sie den Arbeitern keine Fürsorge, sondern nur Hungerunterstützungssätze, zweitens sind die Arbeiter den größten Teil dieser „Vorsorge" selbst überlassen. Es ist also keine Erwerbslosenfürsorge, sondern durch die Aufbringung der Mittel längst eine Erwerbslosenversicherung geworden. Allerdings eine Versicherung, in der die Versicherten nur ein haben, nämlich die Mittel aufzubringen; von Selbstverwaltung oder einem Mitbestimmungsrecht oder gar Selbstverwaltungsrecht ist in dieser Versicherung keine Spur zu finden.

Wenn eine Privatgesellschaft eine derartige Versicherung gründen, und ein Teil der Versicherten satzungsgemäß von der Nutznießung der Versicherung von vornherein ausgeschlossen ist, in der die Versicherten ihrer Gesamtheit kein Kontrollrecht, kein Mitbestimmungsrecht zu haben würden die Gründer wahrscheinlich wegen Hochstapelei unter Anklage gestellt werden.

Die Hochstapelei, wie sie gegenwärtig in der Erwerbslosenfürsorge geübt und brutal getrieben wird, ist natürlich auf die Dauer nicht möglich, man muß doch den Schein wahren, so tun, als ob Deutschland ein demokratischer, ein sozialer Staat ist. Darum brachte die Regierung den neuen Entwurf eines Erwerbslosenversicherungsgesetzes her.

Dieser Entwurf, als ganzes gesehen, ist ein raffinierter Betrugsversuch. Die Arbeiter brauchen eine finanzielle Erwerbslosenversicherung, deren Organe aus Selbstverwaltungskörpern der Versicherten bestehen müssen, eine Erwerbslosenfürsorge, deren Kosten das Reich zu tragen hätte, die in allen Fällen der Erwerbslosigkeit ohne irgendwelche Vorbedingungen alle Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger betreut. Der Regierungsentwurf geht den entgegengesetzten Weg, er beseitigt den letzten Rest sämtlicher Fürsorge durch

*) Siehe den ersten Artikel zu diesem Thema im „Klassenkampf" vom 1. Januar.

Streichung sämtlicher Zuschüsse des Reiches, der Länder und Kommunen.

Bisher trugen die Gemeinden wenigstens noch ein Neuntel der erforderlichen Mittel, und wenn die Kosten durch die Höchstleistungen der Arbeiter und Unternehmer (3 Prozent des Grundlohns) nicht gedeckt wurden, hatten das Reich und die Länder die erforderlichen Zuschüsse zu leisten, die nicht zurückgezahlt werden brauchten. § 113 des neuen Entwurfs bestimmt, daß die gesamten Kosten der Versicherung durch die Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber aufzubringen sind. Man bringe kommen die gesamten Kosten für die Landesämter für Arbeitsvermittlung. Zwei Drittel der Kosten für die öffentlichen Arbeitsnachweise haben die Versicherten wie bisher zu tragen. Wenn in Zeiten der Wirtschaftskrisen selbst der Reichshöchstsatz zur Bestreitung der gesamten Kosten nicht ausreicht, so will das Reich genügend Kredite zur Verfügung stellen, die aber später, in einer Periode, in der die Erwerbslosigkeit sich nicht ganz so furchtbar auswirkt, von den Arbeitern durch Weiterzahlung des Reichshöchstsatzes wieder abgezahlt werden müssen. Auf diese Weise wird das Gesamtrisiko der Wirtschaftskrisen, die einen regelmäßigen Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft darstellen, abgewälzt auf die Schultern der Arbeiter.

Die Selbstverwaltung

In der Erläuterung zum Gesetzentwurf sagt sein geistiger Vater, Geheimrat Weigert vom Reichsarbeitsministerium:

„Wenn der Uebergang der Lasten auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer die sittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Vorteile bringen soll, die sich in den anderen Zweigen der sozialen Versicherung gezeigt haben, so muß den Beiträgen auch die Selbstverantwortung und Selbstverwaltung gegeben werden, die ihren Lasten entsprechen. Selbstverantwortung und Selbstverwaltung sind aber nur auf dem Wege eigener rechtsfähiger Körperschaften gesichert, und diese schafft der Entwurf deshalb in den Trägern der Arbeitslosenversicherung, den Landesarbeitslosenkassen."

Man muß die Kühnheit des Herrn Geheimrats bewundern, mit der er unter der Arbeiterschaft die Illusion zu erwecken versucht, als ob durch den Gesetzentwurf wirklich den Versicherten auch nur eine teilweise Selbstverwaltung mit eigenen Versicherungsträgern gegeben würde. Wir wollen einmal aufzeigen, in welchen wichtigsten Fragen die aus den Versicherten hervorgegangenen Besitzer der Arbeitslosenkasse ausgeschaltet sind.

Der Antrag des Erwerbslosen muß beim örtlichen Arbeitsnachweis gestellt werden. Dieser unterschreibt aber nicht der Arbeitslosenkasse, sondern der Kommune oder dem Kommunalverband. Ueber den Antrag des Erwerbslosen entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsnachweises, der nicht von den Versicherten gewählt wurde, auch haben sie keinerlei Einfluß auf seine Entscheidung.

Gegen Entscheidungen des Vorsitzenden ist Einspruch beim Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises zulässig. Auch dieser Verwaltungsausschuß ist kein Organ der Landesarbeitslosenkassen. Diese haben auf seine Entscheidungen nicht den geringsten Einfluß. Fällt der Ausschuß eine Entscheidung zugunsten des Arbeitslosen, so kann der Vorsitzende des Nachweises die Entscheidung der Spruchkammer anrufen, unterliegt aber der Erwerbslose, so hat er selbst nicht das Recht, Klage vor der Spruchkammer zu erheben. Für ihn können die Arbeitnehmerbeisitzer des Ausschusses die Spruchkammer anrufen, aber auch nur dann, wenn sie geschlossen bei der Abstimmung in der Minderheit geblieben sind und gemeinschaftlich die Spruchkammer anrufen.

Unterliegt der Erwerbslose auch vor der Spruchkammer der Landesarbeitslosenkasse, so kann er selbst die höchste Instanz, den Spruchsenat, nicht anrufen. Obliegt er aber vor diesem Gericht, so kann der Vertrauensmann der Regierung bei der Landesarbeitslosenkasse auf Entscheidung vor dem Spruchsenat klagen.

Nicht die Beauftragten der Arbeitslosenkasse, sondern die Arbeitsnachweise können Ermittlungen über den Antragsteller jeder Art anstellen, insbesondere den Arbeitslosen zur Prüfung seiner Erwerbsfähigkeit ärztlich untersuchen lassen.

§ 83 bestimmt, der Vorsitzende der Landesarbeitslosenkasse kann anordnen, daß ihm Anträge der Angehörigen bestimmter Berufsgruppen auf Arbeitslosenunterstützung vor der Entscheidung vorzulegen sind, wenn er der Auffassung ist, daß Arbeitslose dieser Berufe außerhalb des Arbeitsnachweisbezirks in Arbeit vermittelt werden können. In solchen Fällen darf weder der Vorsitzende noch der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises die Unterstützung gewähren, bevor der Kassenvorsitzende sich damit einverstanden erklärt hat.

Auch dieser Vorsitzende der Landesarbeitslosenkasse, dem so weitgehende Befugnisse übertragen sind, wird nicht durch die Versicherten gewählt, sondern einfach den Kassen aufgezwungen. Der jeweilige Vorsitzende des Landesamts für Arbeitsvermittlung ist auch zugleich Vorsitzender der Landesarbeitslosenkasse. Die Versicherten dürfen diesen Beamten das Gehalt zahlen, haben aber keine Möglichkeit, ihn zu entfernen, wenn er sich als willkürlicher Laffe der herrschenden Klasse entpuppt.

Die Versicherten haben nicht zu bestimmen über die Höhe der zu entrichtenden Beiträge. Diese werden vom Vorsitzenden des Landesamts für Arbeitsvermittlung und je drei Vertreten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Ausschuß der Landesarbeitslosenkasse) festgesetzt.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260125-12/fragment/page=0003

Der Erfolg der Gewerkschaftsarbeit hängt von der Reorganisation der Zellen ab!

l. K. Die Gewerkschaftsarbeit ist für den klassenbewußten Arbeiter ständig auf das Ziel gerichtet, das morsche kapitalistische System zu stürzen und einen Arbeiter- und Bauernstaat, wie in Sowjet-Rußland, errichten zu helfen. In allen Tagesfragen ist ihm bewußt, daß diese nur gelöst werden in schärfsten Auseinandersetzungen mit dem Klassengegner, und daß sie zu betrachten sind als ein untrennbarer Teil großer Aufgabe, die Revolution ideologisch und organisatorisch vorzubereiten und durchzuführen, ob es sich um die zu bringend notwendige Mobilisierung der Massen für den Achtstundentag, höhere Löhne, gegen die sich ausbreitenden Entlassungen oder sonst eine Abwehr des Angriffes der Unternehmer und des bürgerlichen Staatsapparates handelt. Die Gewerkschaften sind als Organisationen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Proletariats nun als Organisationen, die bedeutsam die Arbeiter als Klassengenossen, ungeachtet ihrer verschiedenen politischen Parteizugehörigkeit, umfassen, ein ungeheuer wichtiges und unbedingt notwendiges Instrument zur Zusammenschweißung der Arbeiterklasse und in der Tätigkeit der **Organisierung der Revolution.**

Gehen wir unter diesem Gesichtspunkt an die Arbeit in den Gewerkschaften heran, so machen wir auf Schritt und Tritt die Erfahrung: **Ohne engste Verbindung mit den Betrieben, wenn sie nicht von den Betrieben her belebt wird und umgekehrt in diesem ihren Niederschlag, ihre Anwendung findet, so bleibt die eifrigste und aufopferungsvollste Gewerkschaftsarbeit Sisiphus- (mühsame) Arbeit** und bringt uns nicht dem Ziele näher, um das allein es sich in der heutigen abweisenden Epoche des Kapitalismus zu kämpfen und zu leben lohnt. Die Kämpfe, für die die Gewerkschaften die Massen zu mobilisieren haben, denen die Gewerkschaften das organisatorische Rückgrat geben, beginnen in jedem einzelnen Betriebe, wetten sich nur aus, wenn die Belegschaften aktiv sind und Beschlüsse von Gewerkschaftsversammlungen auch durchzuführen verstehen. Selbst in der heute so aktiven Frage der Bekämpfung des Arbeitslosenelends und der Arbeitslosigkeit liegt **das Schwergewicht bei den Belegschaften der noch arbeitenden Betriebe!** Die Erwerbslosen allein können die kapitalistische Wirtschaftsanarchie nicht meistern. Sie brauchen lebensnotwendig die Unterstützung und gemeinsame Aktion mit den Betriebstätigen. Darüber sind sie sich aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre heraus im allgemeinen auch klar.

Aus solchen Betrachtungen ergibt sich für die auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaftsopposition und insbesondere für die Mitglieder der Kommunistischen Partei, daß ihre gesamte Gewerkschaftsarbeit aufgebaut sein muß auf die Betriebe, und — vom Parteistandpunkte aus gesehen — auf die **Betriebszellen.** Die beste Verbindung von Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, die politisch engste Verbundenheit ist etwa dann gewährleistet, **wenn in den Zellen selbst die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre der Partei sitzen.** Der gesamte Gewerkschaftsfunktionärapparat der Partei muß so aufgebaut sein, daß die Zellen je einen Gewerkschaftsleiter wählen, der einmal im Betrieb die Gewerkschaftsarbeit organisiert und beeinflußt, und der weiter mit den Gewerkschaftsleitern der anderen Zellen in der gleichen Industrie als Körperschaft zusammengeschlossen wird und dort den Fraktions-Zahlstellengruppenleiter wählt. Und von diesen Industriegruppenleitern aus, unter Hinzuziehung bestimmter BL.-Vertreter, schließlich die Gewerkschaftsleitung für den ganzen Bezirk, im örtlichen Maßstabe für den Ort.

Wir haben in Halle und in vielen anderen Orten unseres Bezirks einen anderen Weg eingeschlagen und einschlagen müssen. Denn die Reorganisation der Partei auf Betriebszellen war noch nicht vorgeschritten, und die Situation in den Gewerkschaften, Ortsverwaltungsstellen usw. drängte zur Arbeit. Für die kommenden Wochen ist die **Reorganisation auf Betriebszellen** dem gesamten Bezirk als **Hauptaufgabe** gestellt. Ihre Schwächen machen sich mit dem fortschreitenden politischen Einfluß der Partei und mit der fortschreitenden Gewerkschaftsarbeit immer schwerwiegender fühlbar. Das heißt nicht etwa, daß die systematisch aufgebaute Gewerkschaftsarbeit abgebrochen oder dieser Funktionärstab wieder auseinandergerissen werden dürfte. Im Gegenteil, die Gewerkschaftsarbeit kann, verbunden mit dem Zellenaufbau, erst recht fortgeführt und intensiviert werden. Wenn in den kommenden zwei bis drei Wochen gerade die Genossen, die bisher und zum Teil schon Jahre lang immer die ausgesprochenen Gewerkschaftsfunktionäre waren, mit an der Spitze stehen beim Zellenaufbau, dann tun sie damit auch der Gewerkschaftsarbeit die besten Dienste. Zum größten Teil werden sie die Gewerkschaftsleiter in den neuen Zellen werden, und sobald sie an der ersten Grundlegung ihrer Zelle mitgeholfen haben, können und müssen sie einhalten und nun die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb durch die Zelle organisieren und sorgen, daß alle Probleme aus der Gewerkschaftsbewegung in Betrieben lebendig werden. Entstehen auf diese Weise in Betrieben her klare Köpfe, die nun auch die Gewerkschaftsversammlungen besuchen und dort wissen, was sie wollen, so ist eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, **die Macht der reformistischen Instanzen gebrochen und** den zum Klassenkampf frei wird.

Berichtigung

Diese Berichtigung erscheint nachträglich, weil der betreffende Schriftleiter erst vor Wochen von Ferien heim und er uns erst nachträglich zugeteilt wurde.

Berichtigung zu dem Artikel: „Zeitg. Seltsames Verhalten Klassenjustiz" in Nr. 28 vom 19. Februar 1925.

Es ist unwahr, daß die Staatsanwaltschaft in Naumburg aus Einschreiten gegen den Tischler Poier trotz feststehender, schwerwiegender Verfehlungen an einem bei ihm bedienstet gewesenen 13 Monate alten Mädchen mit Rücksicht darauf abgelehnt hat, daß Beschuldigte ein ehrbarer Tischlermeister ist, und daß sicher anders gefahren worden wäre, wenn es sich um Beschuldigungen gegen revolutionären Arbeiter gehandelt hätte. Die Einstellung des Verfahrens ist vielmehr nach eingehenden Ermittelungen lediglich aus sachlichen Gründen erfolgt, auch die Angaben des angeblich 13 Monate alten Mädchens wegen mehrfacher, erheblicher Widersprüche in Bekundungen und mit Rücksicht darauf, daß sie erst 9 Monate alt, angeblichen Sittlichkeitsverbrechen ihrem Vater davon Mitteilung macht hat, zur Ueberführung des Beschuldigten nicht ausreichend, zumal dieser gut belesumundet ist, und ihm keines der übrigen, bisher beschäftigt gewesenen Mädchen etwas Nachteiliges hat nachsagen können.

Es ist ferner unwahr, daß bei der Vernehmung des angeblich letzten Mädchens durch den Ermittlungsrichter Amtsgerichtsrat Müller — nicht Künzler —, in Zeitz der als Protokollführer mitwirkende Hilfsschreiber gefragt habe, ob das Kind einen Schatz hätte, und von demselben Hilfsschreiber bemerkt worden sei: „Wenn das so andern Umständen sei, so solle es sich nur ruhig äußern, da es eingespritzt, und die Sache hätte sich erledigt." Bei der Zeitz Vernehmung des Mädchens ist vielmehr weder eine solche Frage gestellt noch eine solche Bemerkung gemacht worden.

gez. Hefermehl. J. V.: gez. Gerstner
Landgerichtspräsident. Oberstaatsanwalt

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Berlin und Anzeigenteil: J. V.: Willy Barnack Halle Verlag

Fahrradlampen, Pumpen, Ketten usw. Gummi-Bieder, Steg

Rundfunkprogramm vom 25. bis 31. Januar 1926 (Sendestelle Leipzig, Welle 45

Montag, den 25. Januar 1925

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung:

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kaufmännische Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 7.30 Uhr: Vortrag (auf Welle 452): „Buchhändlerische Sendungsfragen." Vortrag (auf Welle 294): „Hohrverlärt", 2. Vortrag. 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (auf Welle 452): „Ein Kaufmannsleben in Leipzig zur Zeit Goethe." Vortrag (auf Welle 294): „Was der Kalender erzählt." **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden für beide Wellen.** 8.15 Uhr: Der Opernball. Anschließend (etwa 10 Uhr): Presseberichtet und Sportfunkdienst.

Dienstag, den 26. Januar 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kaufmännische Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdener Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6 Uhr: Literaturen aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 6.30 bis 7 Uhr: Esperanto-Kursus. 7 bis 7.15 Uhr: Einführungsvortrag zur Oper „Jugend Hochzeit". 7.30 Uhr: Uebertragung von der Berliner Funkstunde: „Religiöses Volkslied." Anschließend (etwa 10.30 Uhr): Presseberichtet und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 27. Januar 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kaufmännische Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6.45 Uhr: Stimmrundfunk. 7 bis 7.20 Uhr: Vortrag: Fröbel: „Lust aus unseren Kindern leben." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Bismarck." 8.15 Uhr: Balladen und Geschichten. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Presseberichtet und Sportfunkdienst. Darauf Tanzmusik bis 11.30 Uhr.

Donnerstag, den 28. Januar 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kaufmännische Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6.45 Uhr: Stimmrundfunk. 7 bis 7.20 Uhr: Vortrag: Fröbel: „Lust aus unseren Kindern leben." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Bismarck." 8.15 Uhr: Balladen und Geschichten. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Presseberichtet und Sportfunkdienst.

Freitag, den 29. Januar 1926

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kaufmännische Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdener Rundfunkorchesters. 6.30 bis 7 Uhr: Literaturen aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Romain Rolland zu seinem 60. Geburtstage." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Elektrodiagnose der Persönlichkeit." 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert. Anschließend (etwa 9.45 Uhr): Presseberichtet und Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr: Funktheater.

Sonnabend, den 30. Januar 1926

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Kaufmännische Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdener Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6.45 Uhr: Funkbuchstelle. 7 bis 7.30 Uhr: Vorlesung aus englischer Originalsprache: The Zappy prince and other tales. 8 Uhr: Mülle. 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): „Heilbad Spitzkunnersdorf. **Programm der Mitteldeutschen Sendestelle Dresden für beide Wellen.** 11 Uhr: Lessing-Abend: Die Matrone von Ephesus. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Presseberichtet und Sportfunkdienst. 10 bis 11.30 Uhr: Mandolinenkonzert aus.

Sonntag, den 31. Januar 1926

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. 9 Uhr: Morgenfeier. 11 bis 12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: 46. Vortrag über Charakterköpfe aller Zeiten: „Kanzler." 11.30 bis 12 Uhr: Kammerkonzert. 12 bis 1 Uhr: Musikalische Stunde der Minister-Besprechungsstelle Weimar. (Zu Schuberts 120. Geburtstag.) 4 bis 5 Uhr: Moderne Tanzmusik. 7 bis 8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag (von Jena aus): „Von der Regertrommel bis zur drahtlosen Uebertragung." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Die Problème und die Konflikte des Wertes." 1. Teil. 8.45 Uhr: Aus klassischen Operetten. Anschließend (etwa 9 Uhr): Sportfunkdienst.

K.P.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Arbeiter-Sekretariat: Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis Ortsbüro Telephonruf 8227

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Lochau, Bezirkstassierer: Die 1926-Freier-Karten müssen bis Dienstag bestimmt abgerechnet werden.
Dölzig 19. Bezirksversammlung Dienstag, 26. Januar, abends 8 Uhr, im „Reichsadler", Trotha. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen. Referent von der BL ist angesagt.
Peißen. Donnerstag, 28. Januar abends 8 Uhr, bei Richter Mitgliederversammlung.
Beesenlaublingen. Generalversammlung Mittwoch, 27. Januar, abends 8 Uhr, bei Gramler. Referent von der BL. angesagt. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
Ammendorf. Große Kundgebung für restlose Enteignung der Fürstenhäuser am Mittwoch, 27. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger. Referent von der BL. ist angesagt.
Löbejün. Mitgliederversammlung Freitag, 29. Jan., abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler". Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen.
Bischofswiesenberg. Mitgliederversammlung, Donnerstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Nachtigall". Erscheinen aller ist unbedingte Pflicht.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Naumburg. Mitgliederversammlung Montag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn". Jeder Mitglied muß erscheinen.

Kein Genosse darf die CL.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Montag abend 1/2 8 Uhr im Jugendbureau Bezirksleitungssitzung. Um 8 Uhr Treffen aller Genossen, welche Jugendliche dazu holen, können erscheinen.
Dienstag, pünktlich 8 Uhr, im „Volksparl" Parteiform. Thema: Der dialektische Materialismus.

Eisleben

Dienstag, 26. Januar, Diskussionsabend im Jugendheim.
Donnerstag, 28. Januar, Unterhaltungsabend im Jugendheim.
Sonnabend, 30. Januar, Gruppenabend im Jugendheim. Vortrag: Tabak und Jugend.
Sonntag, 31. Januar, 7 Uhr, im Jugendheim Unterhaltungsabend.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Dienstag 8 Uhr Funktionärsitzung.
Delitzsch. Mittwoch 8 Uhr Versammlung. Vorher, 7/7 Uhr. Antreten.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Heute, Montag, 8 Uhr im Lokal Funktionärsitzung im „Reichsadler Krug" statt. Alles pünktlich erscheinen.
Weißenfels. Mittwoch 1/2 8 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes.

Versammlungen der Roten Hilfe

Weißenfels. Dienstag, 26. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtige Funktionärsitzung. Alle Unterkassierer müssen zu dieser Sitzung bestimmt erscheinen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gesamtsekretariat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Leben) Geöffnet: Montags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Bezirk 1 (Süden). Montag, 25. Januar, abends 8 Uhr, auf dem Flugplatz Bezirksversammlung. Funktionäre 6 Uhr im selben Lokal Sitzung.
Bezirk 2 (Westen). Dienstag, 26. Januar, abends 8 Uhr, in der Produktivgenossenschaft Bezirksversammlung.
Alle Ortsvorstandsmitglieder und alle Werbebezirksführer treffen sich Dienstag, 26. Januar, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.
Abteilung 2. Dienstag, 26. Januar, 8 Uhr, in der „Schäfer" Abteilungsversammlung.

Jungsturm

Funktionäre Montag, 25. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Spielleute Dienstag abend 8 Uhr Uebungsstunde.
Ammendorf. Mittwoch abend 6½ Uhr beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe restlos an der Demonstration. Antreten in Hessen.

Stadt-Theater
Heute Montag 7½ Uhr
Belinde
Dienstag 7½ Uhr
Gastspiel Paul Wegener mit seinem Ensemble Berliner Kunstler
„Kamper"
Mittwoch 7½ Uhr
„Intermezzo"
Ende 10½ Uhr

Walhalla
Die Paul Mittagen
Kur 7,45 Tel. 6385
Letzte Woche des Operetten-Gastspiel Ob. Paul Wegener
Bis Sonntag, den 31. Januar einschließlich, täglich
Die reizende Schlag.-Operette Mädi
Operette in 3 Akt. von Robert Stolz
Tagesstalle ab 11 Uhr ununterbrochen

Mappen
ia. Leder
sehr preiswert
Hugo Krausmann
Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus

Ia. Jugd und a. Zugb. A. pt. Gamens. Schulstr. 7

Zeitungsträgerin
gesucht für **Biehla.** Meldung bei **M. Lehmann,** Breitestraße 4

Jede Drucksache
die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es
ist
das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß
immer noch
der Geschäftswelt wie den Vereinen die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer
das beste Werbungsmittel
empfiehlt die
Modezeitungen Volksbuchhandlung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag, 26. Januar, Ueben des Spielmannszuges beim Kam. im Gegenschenniger.
Merseburg. Mittwoch, 27. Januar, 1/6 Uhr, Demonstration der gesamten Ortsgruppe. Antreten Marktplatz.
Merseburg. Donnerstag, 28. Januar, treten alle erwerbslosen Kameraden vormittags 10 Uhr Marktplatz an.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Dienstag, 26. Januar, 1/8 Uhr, bei Freudenberg Pflichtversammlung.
Wittenberg. Mittwoch, den 27. Januar, 1/7 Uhr, Antreten zum Schweinemarkt zur Demonstration.
Wittenberg. Donnerstag, 28. Januar, abends 1/8 Uhr, im „Schützenhaus" Fortsetzung des Kursus.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Raundorf-Bockwitz. Dienstag, 26. Jan. „Rathskeller" Bockwitz Mitgliederversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, den 27. Januar, abends 7 Uhr, Antreten Reichsbahnweg zur Mitgliederversammlung. Unbedingt alles erscheinen.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CL.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Bund der Freunde der JAH.
Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Bittersfeld. Dienstag, 26. Januar, abends 7 Uhr, im „Geselligkeitshaus" Jahresgeneralversammlung. Alle Einzel- sowie Kassenrevisionsgelder haben zu erscheinen.

Treibriemenleder
gebraucht, in verschiedenen Zwecken geeignet, sowie **Arbeitsschuhe u. Schaftstiefel,** meist handgenäht, aus prima Leder, **verkauft billig**
J. Sternlicht, Alter Markt 11 (Goldene Kette)

Bekanntmachungen

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund des § 18 ff. des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

§ 1. Nachdem der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter den Wiederkäuern des Landwirts August Haubner, hier, amtlich festgestellt worden ist, wird aus dem Grundstück Weiße-Straße 25 ein Sperrbezirk gebildet.

§ 2. Für das Sperrgebiet treten die Bestimmungen der §§ 1 bis 6 der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 23. Dezember 1924 (Reg.-Amtsbl. 1925, S. 1) wort in Kraft.

§ 3. Ein Schlußgebiet im Sinne des § 7 der angezogenen viehpolizeilichen Anordnung ist bereits durch unsere viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 15. Dezember d. J. gebildet.

Eisleben, den 20. Januar 1926
*266 **Die Polizeiverwaltung**

Betrifft: Getränkesteuer

Wir bringen nachstehen den Wortlaut des Absatzes 10 d der Ausführungsbestimmungen zur Erhebung einer Getränkesteuer in Erinnerung und ersuchen um Beachtung. **Alle Personen** des Stadtbezirks, welche **nach dem 15. Januar 1925 steuerpflichtige Getränke** (Biere, Liköre, Weine usw.) von **auswärts zum Selbstverbrauch** oder zur Angabe an Dritte bezogen haben oder **noch beziehen, haben nach jedesmaligem Eingang** solcher Getränke unter Vorlage der Rechnungen den Eingang im Stadtsteueramt anzumelden und die Steuer gleichzeitig zu entrichten.

Eisleben, den 20. Januar 1926
Der Magistrat *265

Nachdem die Maul- u. Klauenseuche unter den Wiederkäuern des Gärtners Grimm, Augstraße 56, des Fördermaschinisten Paul Kirmes, vorderen Siebenhitze 24, und des Gutsbesitzers Haubner, an der Doerstädte, erloschen ist, werden die durch unsere viehseuchenpolizeilichen Anordnungen vom 15. und 21. Januar 1926 gebildeten Sperrbezirke hiermit aufgehoben. *252

Das aus dem Stadtbezirk Eisleben gebildete Beobachtungsgebiet bleibt bis auf weiteres bestehen.

Eisleben, den 19. Januar 1926
Die Polizeiverwaltung. Clauß

Hall ein! und erwarte das Neue
Lichtbild
An der Ulrichskirche, Leipzig

Billige, nahrhafte, wohlschmeckende Lebensmittel
Noch eine, fette, Norwegen
Vollbücklinge
Sprotten, Kiste 1 ℔ Inhalt ... nur ausgewogen 1 ℔ 70 ₰
Delikate, zarte saure Sardinen
Brühe dazu gratis
Allerfeinster, delikater **Hering in Gelee**
1/2 ℔ 30 ₰ 1/1 15 ₰
Ferner Dienstag frisch
1 Waggon Seefisch
Seelachs ohne Kopf

Nordsee
Große Ulrichstraße
Ferner
2 Waggon grüne Heringe
große Norweger und saure Schweden
zu billigsten Preisen
Sprotten und Bückinge nur für Die nutzg

Spendet f. d. „Rote F
Kohlen-Verein Hohenmölsen e. V.
Für die Verkaufsstelle in Eisleben wird per 1. März 1926 ein tüchtiger, geschäftsgewandter
Lagerhalter
gesucht. Meldungen sind bis spätestens bis 5. Februar unter Beifügung von Zeugnissen und Beruf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260125-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Vorlagen für die Tagung des Provinziallandtags

Dem am 28. Januar zusammentretenden 40. Provinziallandtag hat der Landeshauptmann bisher u. a. folgende Vorlagen des Provinzialausschusses zugehen lassen:

Prüfung des Wahlergebnisses, Aufstellung einer Geschäftsordnung für den Landtag, Neuwahl des Provinzialausschusses und der Provinzialkommissionen, Wahl eines Vertreters des Provinziallandtages in den Verwaltungsrat der Landfeuersozietät, Neuwahl der Vertreter zur Mitwirkung bei den Geschäften der Rentenbank, ferner eine Vorlage über die Genehmigung zur Aufnahme einer Auslandsanleihe in Gemeinschaft mit den übrigen Provinzen.

Ferner sind dem Landtag **Anträge der kommunistischen Fraktion** über Erwerbslosenunterstützung usw. zugegangen. Wir haben letztere bereits veröffentlicht.

Die gesetzliche Miete für Februar 1926

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, tritt in der Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat Februar 1926 gegenüber dem Vormonat keine Änderung ein. Es bleibt bei dem Januar-Satz in Höhe von 84 bzw. 80 v. H.

Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!

So schrieb man Euch, Ihr Witwen und Kriegsopfer. Wie der Dank aussieht, beweist folgendes: Einer armen Frau, deren Mann im Felde stand, nahm man zurzeit ihre Kinder und tat sie in Fürsorge mit der Begründung, die Mutter sei nicht fähig, die Kinder zu erziehen. Nachdem der Mann ein Opfer des Völkermordens geworden ist, hat sich die Witwe so schlecht und recht durchgeschlagen. Am 21. Januar d. J starb die Frau nach langem, qualvollem Leiden, und die Angehörigen glaubten nun wenigstens, daß die Kriegsfürsorge der Toten als letzten Dank ein angemessenes Begräbnis zuteil werden ließe. Jawohl, die Fürsorge weigert sich nicht, aber wie erschrecken die Angehörigen, als man die Tote mit einem sogenannten Armensarg abholen wollte, wofür der älteste Sohn, welcher schon aus der Fürsorge entlassen und jetzt arbeitslos ist, noch 35 Mk. bezahlen soll. Es ist eine Schmach der Kriegsfürsorge, daß sie eine Frau, deren Mann gemordet wurde, deren Kinder man dem Elternhaus entriß, jetzt mit einem Armensarg nach der letzten Ruhestätte schaffen will. Ich glaube bestimmt nicht, daß Wilhelm von Amerongen, welcher unsere Witwen und Waisen herrlichen Zeiten entgegenführen wollte, vom deutschen Staat mit einem Armensarge begraben wird. **Eine Arbeiterkorrespondentin.**

Die „Hallesche Zeitung" verhöhnt die Armut

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor einigen Tagen bracht die „Hallesche Zeitung" eine Schilderung über das Treiben im städt. Leihamt. Sie schrieb u. a.: „ . . . es befanden sich darin „Klauchischer Adel", um sich da zu wärmen." Damit sollten alle die gemeint sein, welche zur Zeit sich im Leihamt befanden.

Man ist von der „Halleschen Zeitung" schon so manches gewöhnt. Es ist ein Hetzblatt ältester Sorte, wie ein zu allem bereiter Diener der Reaktion.

Sachlichkeit oder gegnerischen Anstand kann man daher nicht von dieser Zeitung erwarten.

Aber eine solche Gesinnungsroheit übersteigt doch wohl alles mögliche. Die armen, unglücklichen Menschen, welche, getrieben von bitterster Not, das Leihamt aufsuchen müssen, verleumderisch zu kränken, das bekommt nur die bodenlose Gemeinheit fertig. Der Berichterstatter der „Halleschen Zeitung" scheint wohl nicht zu wissen, daß ein großer Teil der Bevölkerung aus allen Kreisen gezwungen ist, das Leihamt aufzusuchen. Darunter allerdings auch viele Arbeitslose. Hätte der schwarzweißrote Schmierfink den guten Willen und die Fähigkeit, objektiv zu urteilen, nie wäre er zu einem solchen Urteil gelangt. Er hätte dann schildern müssen, wie so viele ärmlich Gekleidete, wie solche aus „besseren Kreisen" dort ihre Habe darbieten. Wie sie harren und hoffen, scheu und verlegen, mit verhärmten Mienen. Viele bringen ihr Letztes, ohne Hoffnung, ihr elendes Leben zukünftig fortsetzen zu können. Es sind jene, aus deren Kreisen sich die Menschen rekrutieren, die ihre Qual nicht länger ertragen können. Es sind jene, welchen der Tod eine Erlösung, die den Gashahn aufdrehen müssen, da ihnen diese traurige Gesellschaftswirtschaft keinen anderen Ausweg läßt.

Hier gibt es nichts zu scherzen oder zu höhnen. Diese Not ist grauenhaft, und wer noch einen Funken von Menschlichkeit besitzt, sollte Menschen, die sich so im Unglück befinden, bemitleiden. Glaubt etwa der betreffende „Literat" damit die Leser der „Halleschen Ztg." zu ergötzen, daß er sich derart gebärdet? Möglich! Er scheint dieses Publikum ja genau zu kennen. Aber das eine soll sich dieser gefühllose, kein Schamgefühl besitzende Mensch, muß ihn verabscheuen!

Und die „Hallesche Zeitung" mag sich sagen lassen: wenn sie solchen Unrat bringt, eine derartige Pestilenz erzeugt, so ist sie nicht wert als Klosettpapier verwendet zu werden.

Städtische Erwerbslosenhilfe für Künstler

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst wird aus dem Landesarbeitsamt Berlin (Landesamt für Arbeitsvermittlung) geschrieben:

Um für bildende und ausübende Künstler, die die Voraussetzungen zur Gewährung von Erwerbslosenunterstützung (krankenversicherungspflichtige Beschäftigung usw.) nicht erfüllt haben, die Vorbedingung hierzu zu schaffen, soll diesen Künstlern gestattet werden, ich wahlweise bei den Reichsarbeitsnachweisen oder der in Schöneberg, Neues Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz, Zimmer 288, bei der „Werkhilfe bildender Künstler" vom Landesarbeitsamt Berlin errichteten Zentralstelle eintragen und kontrollieren zu lassen. Bei der ungünstigen Finanzlage der Stadt muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die zu diesem Zweck verfügbaren Mittel nur begrenzt sind.

Jahresversammlung des Bundes erblindeter Krieger

Bezirk Provinz Sachsen-Anhalt

Wir erhalten folgenden Bericht mit der Bitte um Veröffentlichung:

Der Bund erblindeter Krieger e. V., Bezirk Provinz Sachsen-Anhalt, hielt am 17. Januar im Restaurant „Landhaus" in Halle seine diesjährige Haupt- und Jahresversammlung ab, zu der zahlreiche Kriegsblinde erschienen waren. Die Tagung wurde durch den Bezirksleiter, Kamerad Günther, eröffnet. Nach einer kurzen Begrüßung der Erschienenen erfolgte Bericht über Bundes- und Bezirksangelegenheiten. Im besonderen wurde hierbei die Versorgung der Kriegsblinden bzw. die durch die neue Novelle leider nur sehr geringen Vorteile erläutert, welche die bisherigen Forderungen noch längst nicht erfüllten und nach wie vor an denselben festgehalten werden mußte. Hierauf kam der Jahres- und Kassenbericht zur Verlesung, der von der umfangreichen Arbeit, die im Laufe des verflossenen Geschäftsjahres geleistet wurde und von der Entwicklung des Bezirkes bis zum heutigen zehnjährigen Bestehen Zeugnis ablegte. Die gestellten Anträge sowie die Wahl der Delegierten zu dem im März dieses Jahres stattfindenden Bundestag fanden baldigste Erledigung, worauf die Entlastung und Neuwahl des Bezirksvorstandes erfolgte und folgendes Ergebnis zeitigte: Karl Günther, Bezirksleiter, Wilhelm Theil, Schriftführer, Paul Hartmann, Kassierer, Arthur Mathies, Beisitzer, Otto Semmler, Beisitzer, sämtlich in Halle wohnhaft. Nach einstimmiger Annahme mehrerer Anträge usw. wurden noch eine Reihe Anfragen unter Punkt „Verschiedenes" erledigt und die Versammlung um 5 Uhr geschlossen.

Als Gäste waren u. a. zugegen Vertreter des Landesfürsorgeverbandes zu Merseburg, des Bezirksfürsorgeverbandes Halle-Saalkreis, Bitterfeld, Mansfelder Seekreis, des Hauptversorgungsamtes Magdeburg und die Meister der Provinzial-Blindenanstalt.

Hallesche Tuberkulose-Woche

Mit dem 6. Vortragsabend schloß die diesjährige Tuberkulosewoche. Herr Facharzt Dr. Blümel sprach über den Gegenstand: „Wie heilt man zu Hause und im Beruf seine Tuberkulose aus?"

Es wird stets vergessen, daß Tuberkulose eine schleppende Krankheit ist, die im Durchschnitt ein Jahrzehnt dauert. Dabei wechseln Zeiten, in denen der Kranke die Krankheit merkt mit solchen, in denen er sie nicht empfindet. Man nennt das „Schübe" Mal ruht die Krankheit, mal flammt sie wieder auf. Daher genügt es nicht, daß der Kranke nur einige Monate während des langen Krankheitsverlaufs eine Heilstätte aufsucht. Er muß versuchen, seine Freizeit auch zu Hause in den Dienst der Krankheitsheilung zu stellen. Nur so ist eine völlige Ausheilung zu erreichen. Mit Hilfe der heutigen Behandlungsverfahren (Behandlung nach Brehmer-Koch, mit Gasbrust; diese nur bei einseitigen Tuberkulosen) sind schon Tausende und aber Tausende auch von ganz schweren Tuberkulosen an ihrem Wohnort geheilt worden. Sagte der Kranken ist es, gewissenhafte Ausdauer bei der Behandlung und Befolgung der ärztlichen Vorschriften, die jahrelang notwendig sind, zu zeigen. Ein Sprichwort sagt: Der Tuberkulose stirbt nicht, er tötet sich", d. h. seine gleichgültige Auffassung von seinem Leiden bringt ihn um. Darin liegt viel Wahres.

Mit dem Hinweis darauf, daß die Tuberkulose zwar eine übertragbare Krankheit sei, die man aber vermeiden und heilen kann, schloß der Vortragende.

Vulkane und Erdbeben

Hierüber hielt am Sonntag in der Aula des Reform-Real-Gymnasiums in der Friesenstraße, vom Arbeiter-Bildungsausschuß verpflichtet, Herr Laube aus Leipzig einen Vortrag, der durch die Vorführung zahlreicher Lichtbilder besonders interessant wurde. Der Vortragende ist der hallischen Arbeiterschaft gegenüber kein Neuling mehr und verstand es auch gestern wieder, die zahlreich erschienenen Besucher bis zum Schluß zu fesseln. An Hand der Lichtbilder zeigte er den Erschienenen die Ursachen und die oft furchtbaren Wirkungen vulkanischer Ausbrüche. Besonders interessant waren die geologischen Bilder der Erdoberfläche, aus denen hervorging, daß die tätigen feuerspeienden Berge fast ausnahmslos in unmittelbarer Nähe der großen Ozeane, oder sogar auf Inseln im Meere liegen. Beispielsweise ist die ganze Westküste Amerikas mit vulkanischen Gebirgen besetzt. Auf den Azoren-Inseln und an der Südküste am Stillen Ozean (Japan) sind ebenfalls zahlreiche Vulkane zu finden. Auffällig ist danach, daß diese Gegenden auch sehr häufig von Erdbeben heimgesucht werden, bei denen nicht einmal immer die Vulkane selbst besonders heftig in Tätigkeit treten. Nach Angaben des Vortragenden sollen auf der Erdoberfläche zurzeit 322 feuerspeiende Berge in Tätigkeit sein. Wenn man noch die gleiche Zahl solcher Berge als auf dem Meeresboden vorhanden annimmt, so kann man im ganzen mit zirka 700 feuerspeienden Bergen auf der Welt rechnen.

Der zweite Teil des Vortrages befaßte sich hauptsächlich mit den Erderschütterungen, den sogenannten Erdbeben, wie es vor nicht allzu langer Zeit in Japan ein solches gegeben hat. Zahlreiche Bilder aus vernichteten Städten Japans und aus San Franzisko zeigten die fürchterlichen Wirkungen dieser Erderschütterungen, die in vielen Fällen innerhalb weniger Minuten Zehntausenden von Menschen das Leben kosteten. Besonders interessant waren auch die Bilder der Ausgrabungen von Pompeji, das einst als blühende Hafenstadt von Kampanien, im Jahre 79 nach unserer Zeitrechnung, durch einen Ausbruch des Vesuvs vollkommen verschüttet und erst im vorigen Jahrhundert wieder ausgegraben wurde. Wenn man bedenkt, daß der Vesuv diese Stadt mit einer über 13 Meter hohen Aschenschicht bedeckte, kann man sich leicht ein Bild von der verheerenden Gewalt solcher Vulkane machen.

Es kann nicht bestritten werden, daß solche Vorträge, angesichts der durch die furchtbare Notlage geschaffenen Atmosphäre, zurzeit wenig aktuell sind und wichtige Tagesfragen den Arbeiter abhalten, solchen naturwissenschaftlichen Abhandlungen beizuwohnen. Trotzdem ist aber ähnlichen Veranstaltungen des Arbeiter-Bildungsausschusses in Zukunft eine noch größere Besucherzahl zu wünschen, da die Ausgaben für den Teilnehmer beispielsweise in gar keinem Verhältnis zu denen eines Maskenballes stehen, obwohl der bleibende Wert eines solchen Lichtbildervortrages ein ungleich größerer ist. t—z.

Feierstunde des T.-V. „Die Naturfreunde"

(Arbeiterkorrespondenz)

Die hiesige Ortsgruppe des TV. „Die Naturfreunde" hatte am Sonnabend 8 Uhr zu einer Feierstunde in der Aula des Reform-Realgymnasiums in der Friesenstraße eingeladen. Der Besuch derselben war ein sehr mäßiger, was zum Teil auf die schlechte wirtschaftliche Lage des Proletariats zurückzuführen ist.

Eingeleitet wurde die Feier mit dem bekannten Gedicht Karl Liebknechts „Sturm, mein Geselle, Du rufst mich". Neben einigen klassischen Musikstücken von Schubert (Sinfonie in H-Moll), von Beethoven (Andante cantabile) und Tschaikowsky (Sonate pathetique. Op. 6) stand wohl im Mittelpunkt der ganzen Veranstaltung die in hervorragender Weise von Herrn Durra (Stadttheater) vorgetragenen Vorlesungen und Rezitationen von den bekannten Arbeiterdichtern Bartels, Toller und Bruyere. Besonders erwähnt zu werden verdient Bartels Rezitation: „In Acchtung und Acht geboren", die wohl den Höhepunkt des Abends erreichte. Mit dem Sommernachtstraum" (!!) von Mendelssohn-Bartholdy wurde die Feierstunde beendet.

Der Besucher der Veranstaltung konnte nicht umhin, festzustellen, daß diese Feierstunde ihren eigentlichen Zweck nicht erfüllte. Sie muß als ein Zwitterding ersten Ranges bezeichnet werden. Wenn man schon die Absicht hegt, innerhalb einer Feierstunde der zwei größten Revolutionäre des Proletariats zu gedenken, so muß man dies in einer klaren Linie zum Ausdruck bringen. Die Durchsicht des Programms allein sagt genug. Man kann nicht ein Gedicht Karl Liebknechts, welches ein Produkt revolutionärer Ereignisse war, mit der Sinfonie in H-Moll von Schubert oder ganz und gar einem Sommernachtstraum (!!!) von Mendelssohn-Bartholdy in Verbindung bringen. Warum bringt man nicht revolutionäre, dem Proletariat eigene Tonkunst? Dies kann manchen Schöngeistigen wahrscheinlich nicht befriedigen. (Ach, seid Ihr Schöngeistigen geistig arm.) Wenn man sich schon auf klassische Musik versteift, warum bringt man da nicht so etwas wie die Eroica-Sinfonie von Beethoven zur Heldenverehrung. Der russische Trauermarsch hätte auch niemandem geschadet. Also ein schriller Gegensatz in Ton und Worten. Mich dünkt, man hat sich auf Konzessionen eingestellt, Laßt die Unbefriedigten alleln. Der Erfolg wird Euer sein. op.

* **Proletarische Tribüne.** Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" Musikübungsstunde. Am Mittwoch pünktlich abends 8 Uhr im Dachdeckerzimmer letzte Probe für „Die Schwefelblüte". **Jeder einzelne Mitwirkende hat die Pflicht, unbedingt pünktlich hierzu zu erscheinen.**

Hallische Tageschronik

Warnung!

Im Regierungsbezirk Liegnitz sind Anpreisungen eines sogen. Hydra-Systems der Firma H. Brouwer u. Co. in Amsterdam Umlauf, wie sie seinerzeit von der Firma F. W. Sieg. Amsterdam innerhalb Deutschlands verbreitet worden sind.

Da anzunehmen ist, daß die Firma H. Brouwer u. Co. auch in anderen Provinzen solche Anpreisungen zu verteilen wird die Oeffentlichkeit vor dieser Firma gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Abnehmer der Firma ausgegebenen Gutscheine nach § 1 des preußischen Gesetzes betreffend das Spielen in außerpreußischen Lotterien vom 28. 1904, strafbar machen.

Bekanntmachung

Der Magistrat der Stadt Halle beabsichtigt die nachstehend geführten Erweiterungen bzw Neubauten der städtischen Straßen auszuführen:

1. Verkürzung der eingleisigen Straßenbahnstrecke in der Steinstraße, zwischen Barfüßer- und Mittelstraße.
2. Zweigleisiger Ausbau der Straßenbahnstrecke in der Straße zwischen Freimfelderstraße und Stadigrenze.
3. Einbau einer Ausweiche in der Köthener Straße (Trotha)
4. Neubau einer zweigleisigen Straßenbahnanlage in der Straße, zwischen Beesener und Merseburger Straße.

Einwendungen gegen die einzelnen Pläne, welche vom 22. bis einschl. 5. Februar d. J. während der Dienststunden im Polizeipräsidium, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 93, zu jedermanns Einsicht liegen, können von den Beteiligten im Umfange ihres Interesses während dieser Zeit beim Polizeipräsidium schriftlich oder zu Protokoll geltend werden.

Der Polizeipräsident.

Zur Verhütung von Unfällen im Kraftfahrzeugverkehr

In einem längeren gemeinsamen Runderlaß des preußischen Landwirtschaftsministers, des Handelsministers und des Ministers des Innern wird, dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" zufolge, u. a. darauf hingewiesen, daß die Wegebauverbände ohne die endgültige Feststellung der Durchgangsstraßen abwarten mit der Aufstellung der Warnungstafeln bei den Straßen vorzugehen haben, die mit Sicherheit als Durchgangsstraßen anzusehen sind, namentlich also bei den ehemaligen Chausseestraßen. Dabei ist in erster Linie auf die Kennzeichnung von Eisenbahnübergänge Wert zu legen. Als gefährliche Stellen kommen insbesondere Kurven, Bahnübergänge und Kreuzungen in Betracht. Eine Befestigung von Warnungstafeln an einem über den Weg gespannten Seil ist bis auf weiteres unzulässig. Der gemeine Deutsche Automobilklub hat sich zur kostenlosen Aufstellung von Warnungstafeln bereit erklärt, ebenso auch der Automobilklub von Deutschland. Bei der Beschaffung von Tafeln wird ein einheitliches Vorgehen für größere Gebiete empfohlen.

Seeben

„Die Schwefelblüte", eine politisch-satirische Revue mit Musik, Gesang und Ringelreihen von Walter Troppan, Berlin und Halle, wo sie bisher zur Aufführung kam, bei Aufnahme fand und stürmische Lachsalven hervorrief, gelangt Sonnabend, dem 30. Januar, im Gasthof Glaser durch die proletarische Tribüne, Halle, zur Aufführung. Da es der auf Vereinigung durch Polizeischikane unmöglich gemacht wurde, Stück auf vielseitigen Wunsch in Halle nochmals aufführen, werden viele hallische Arbeiter den Weg nach Seeben nehmen, um sich das Stück anzusehen. Um so mehr ist zu wünschen, daß die Arbeiterschaft von Seeben, Teicha, Trotha, Semmewitz und Gutenberg sich diese Gelegenheit nicht entgehen läßt und zur Aufführung der „Schwefelblüte" zahlreich besucht. Um den Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, sind in den Konsumvereinen von Seeben, Trotha und Semmewitz Vorverkaufsstellen eingerichtet. Außerdem sind schon jetzt Programme beim Gastwirt Glaser in Seeben und im Gasthof Lindenhahn in Gutenberg zu haben. Die Aufführung beginnt pünktlich 8 Uhr. Saalöffnung 7 Uhr. Störungen zu vermeiden, werden die Saaltüren während der Aufführung geschlossen gehalten.

Löbejün

Stadtverordnetensitzung vom 22. Januar. Der SPD.-Vertreter diesmal mit der KPD.-Fraktion stimmend, der Genosse Röber zum Stadtverordnetenvorsteher, der Vertreter Lauer zum Stellvertreter mit 9 gegen 8 hallischen Stimmen gewählt, als Schriftführer der Stadtbeisitzer Martel. — Um ein günstiges Gelände zur Anlage eines Sportplatzes oder zu Bauzwecken verfügbar zu haben, wird dem Grundstückstausch zwischen dem Landwirt Richard Kunze und der Stadt zugestimmt. — Wegen Herrichtung eines dringend notwendigen Sportplatzes soll erst das Urteil eines Sachverständigen abgewartet und in der nächsten Sitzung endgültig darüber beschlossen werden. — Der Antrag, Einrichtung eines Urnenhains auf dem Friedhof links vom Eingang, wurde ebenfalls angenommen. Die KPD.-Fraktion zur Verlesung gebrachte Resolution, die mit den Stimmen der sieben KPD.- und der SPD.-Vertreter und der acht Bürgerlichen angenommen. Der aus der KPD. ausgeschiedene Stadtverordnete K. Dunkel jun., der sein Mandat trotz entsprechender Aufforderung nicht niederlegt, obwohl diese Maßnahme früher selbst mit befürwortet und beschlossen wurde, es vor, der Sitzung nicht beizuwohnen.

Die angenommene

Resolution

hat folgenden Wortlaut:

Die am Freitag, dem 22. Januar 1926, stattgefundene verordnetenversammlung der Stadt Löbejün erhebt schärfsten Einspruch gegen die vom Reich und den Einzelstaaten geplante Fürstenabfindung und verlangt, diese Riesensumme zur Linderung der ungeheuren Not der Erwerbslosen, Kriegsopfer, Sozial- und Kleinrentner und aller sonstigen wirklich Bedürftigen Volkes haben die entschroenen und davongelaufenen Fürsten nicht den geringsten Anspruch auf diese zusammengerafften Milliardenwerte. Sämtliche Vermögensteile, und sonstige Liegenschaften, sind als Volkseigentum zu erklären und zur Verwendung im Interesse der arbeitenden Massen bereitzustellen.

Die kommunistische Fraktion.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute (Montag) abend ½8 Uhr Bezirksleitungssitzung.

Dienstag abend 8 Uhr findet für den Parteiferien-Kursus statt. Es wird behandelt: „Der Materialismus". Alle älteren Genossen müssen sich daran beteiligen.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Bezirk 4: Montag abend 6 Uhr im „Volkspark" Versammlung.
Bezirk 1: Dienstag abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.
Bezirk 2 und 3: Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung.
Donnerstag 6 Uhr: Mandolinengruppe in der Produktiv-Genossenschaft.
Freitag abend 6 Uhr: Gruppenabend.
Sonnabend nachmittag 4 Uhr Funktionärsitzung. Zur Sitzung haben alle Funktionäre zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260125-12/fragment/page=0005

Arbeiter-Sport

Gegen Fürstenabfindung und für Volksentscheid

Der Vorstand des **Arbeiter-Sport- und Kulturkartells Weißenfels** faßte in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung:

An den Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids
Berlin W 66, Wilhelmstraße 48 III.

Der Vorstand des Sport- und Kulturkartells Weißenfels erklärt sich für die entschädigungslose Enteignung aller Fürstenhäuser und verpflichtet sich, auch in den dem Kartell angeschlossenen Organisationen für die Forderung zu wirken und an der Durchführung des sofortigen Volksentscheids mitzuhelfen.

Weißenfels, den 13. Januar 1926.

Sportkartell Weißenfels a. S. Der Vorstand. J. A.: Lorenz.

•

Das **Arbeiter-Sportkartell Naumburg** hat sich in seiner letzten Versammlung ebenfalls gegen die geplante Fürstenabfindung ausgesprochen und Volksentscheid für restlose Enteignung gefordert. Eine entsprechende Entschließung ist an den Ausschuß in Berlin abgegangen.

•

Ferner hat der **Arbeiter-Turn- und Athletenverein Gerbstedt** in einer Generalversammlung eine Entschließung gegen Fürstenabfindung und für Volksentscheid angenommen.

Tagung der RSJ.

Die Sitzung des Erweiterten Exekutivkomitees der RSJ. wird vorläufig Ende Februar 1926 in Moskau stattfinden.

Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutschlands findet am 25., 26. und 27. Juli in **Hamburg** statt.

Fahrpreisermäßigung für Jugendwanderungen

Der Verband für deutsche Jugendherbergen hat an den Verkehrsausschuß des Deutschen Reichstags eine längere Eingabe gerichtet, die im Anschluß zu nachstehenden Anträgen verdichtet:

„... Wir bitten daher den Verkehrsausschuß: 1. für Wiederherstellung des halben Fahrpreises spätestens zum 1. April 1926 wirken zu wollen; 2. im Sinne der vorermähnten Stellungnahme die besonderen Bestimmungen über das Zulassungsverfahren und die Mindestleistungszahl einer Prüfung zu unterziehen, um einen möglichst großen Teil der Jugend, und auch die nichtorganisierte Jugend, für frühzeitige und regelmäßige Einkehr zum Gesundbrunnen Natur zu gewinnen ..."

Die Bemühungen des Verbandes für deutsche Jugendherbergen um Wiederherstellung des früheren Zustandes, d. h. Gewährung von halbem Fahrpreisermäßigung auf Jugendwanderungen, wie vor Einführung der Damen-Sparmaßnahmen und der Umwandlung in die Deutsche Eisenbahngesellschaft, müssen überall unterstützt werden. Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege hat die tatkräftige Unterstützung zugesagt.

Sportnachrichten

Sämtliche Fußball- und Handballspiele

am kommenden Sonntag irgendwo den plötzlich eingetretenen Tauwetters aus.

Die Aufführung „Die neue Großmacht" am Donnerstag, den 28., und Freitag, den 29. Januar, im „Volksport" wird uns mitgeteilt, daß der Arbeiter-Turnverein „Fichte" mit einem Vierer-Damenreigen und einem gemischten Reigen auftreten. Außerdem zeigt der Turnverein Fichte-Halle das so beliebte und doch so lehrreiche Eberdeutschen. Alles in allem versprechen die Vorführungen sehr interessant zu werden.

Die Nachmittagsvorführungen wird den Kindern das Programm angeboten werden. Der Herr Stadtschulrat Trotzel hat in einem Schreiben den Schulen empfohlen, ihr diesen Film anzusehen. Der Eintrittspreis beträgt für die Kinder bei den Nachmittagsvorführungen 25 Pf. Den Orten Wölberg, Wärmlitz, Passendorf, Dölau, Lettin und Diemitz wird empfohlen, möglichst alle Schulkinder an diesem Film zu interessieren.

Am Sonntag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Volksport" eine Probe statt. Es wird gebeten, die Spielleute, Walter, Radfahrer und die Aufführenden des Gesamtspielens pünktlich zu erscheinen und melden sich beim Sportgenossen Kurth.

Antlitz

Am Mittwoch, dem 27. Januar, findet im „Volksport" die fällige Fußballbörse statt. — Die Disqualifikation von Zörbig 07 ist am 24. Januar aufgehoben.

Wassersport-Verein, e. V., Halle

Der Verein veranstaltete am 17. Januar im kleinen Saal des „Volksparks" einen Unterhaltungsabend, verbunden mit Bescherung der Kinder. Das Fest nahm um 8 Uhr mit einem Marsch von Lehnhardt „An die Gewehre" seinen Anfang. Danach hielt der erste Vorsitzende, K. Lettel, die Gäste und brachte seine Freude über den so zahlreichen Besuch zum Ausdruck und erklärte den anwesenden Eltern, daß sich der Verein gefreut hat und warum bei den Arbeitern überhaupt Sport betrieben wird. Zu bedauern ist nur, daß noch ein großer Teil der Arbeiter der aufgezeigten Sportbewegung ungeheilt. Nachdem der Vorsitzende seine Ansprache beendet hatte, nahm das Konzert, ausgeführt vom Bandonium-Orchester „Deed" unter Leitung des Herrn Rb. Tabert, seinen Anfang. Ein jeder hat ein paar Stunden bei einem herrlichen Konzert verleben können. Zwischen den ersten und zweiten Teil des Programms wurde ein Theaterstück „Der Kampf der Jugend" aufgeführt, welches als gut gelungen zu bezeichnen ist. Hierauf folgte die Bescherung der Kinder. Wenn es auch nur eine kleine Gabe war, sah man doch überall freudige Gesichter. Zwei Volkstänze und das Pferdchenspiel, welches vom Turnverein „Fichte" aufgeführt wurde, sollen mit den Abend zu verschönern. Hierbei ist ganz besonders das Pferdchenspiel hervorzuheben, welches großen Beifall fand. Von einer Schülertruppe des Schwimmvereins wurden die einzelnen Tempos beim Brustschwimmen gezeigt. Um ½6 Uhr war das Fest für die Kinder beendet. Durch ein kleines Frühstück wurden die übrigen Stunden des Abends verbracht.

Schwerathletik

Arbeiter-Athletenbund, 5. Kreis, Bezirk Halle a. d. S.

Gesamtresultat der Mannschaftsringkämpfe um die Bezirksmeisterschaft 1925/26

Verein	Kämpfe	gew.	unentsch.	verl.	+	Punkte	Eingeteilt
Athl.-Verein. Germania-Fessenfeld	4	4	—	—	—	20 : 4	
Sportvereinigung Achilles v. 1900	4	3	—	1	6	2	27 : 17
Sportklub Adler von 1905	4	2	—	2	4	4	28 : 20
Sportklub 09	4	1	—	3	2	6	23 : 29
Kraftsportklub Merseburg 1920	4	—	—	4	0	8	3 : 53

Bezirksmeisterschaft im Mannschaftsringschlagen

Sportklub Adler 1905: Gesamtgewicht der Mannschaft = 3820 Pfund. Sportvereinigung Achilles von 1900: Gesamtgewicht der Mannschaft = 3740 Pfund. Im Ringkampf wurde Germania-Fessenfeld Bezirksmeister für das Jahr 1925/26, im Gewichtheben Sportklub Adler 1905.

Ein „Preis Heil" des Siegers! Wir wünschen den Mannschaften noch weitere gute Erfolge um die Kreismeisterschaften. J. A.: H. Wittig.

Turn- und Sportverein Wörmlitz-Wölberg

Am Dienstag, dem 26. Januar, findet bei Mauersberg eine Handball-Vollsitzung statt. Restloses Erscheinen ist Pflicht. Am Donnerstagnachmittag beschäftigen die Schüler und Schülerinnen den Film „Die neue Großmacht" im „Volksport". Eintritt 25 Pf.

„Die neue Großmacht" in Halle

am 28. und 29. Januar im „Volksport"

Arbeiter, besucht diesen gewaltigen Sportfilm von der Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M.

Sportklub 1900. Bei dem am 14. Januar stattgefundenen Sektenkampf Achilles gegen Sportklub 1900 ging Achilles mit 15 : 13 Punkten als Sieger hervor. Der Verein 00 hat seine Mannschaften jetzt jeden Montag, Donnerstag, abends von 7½ bis 9½ Uhr, in der Turnhalle der Johannesschule (Siebenauer Straße) abzumelden. Anmeldungen werden dort entgegengenommen oder im Vereinslokal Restaurant „Zur Blume", Torstraße 29. Zuletzteres sind an den 1. Vorsitzenden Fr. Schröder, Torstraße 26, oder den 1. Schriftführer Paul Hammer, Torstraße 29, zu richten.

Fußballklub Fortuna, Diemitz. Am Sonntag, den 24. Januar, fallen sämtliche Spiele aus. Dafür findet im Vereinslokal nachmittags ½2 Uhr unsere Generalversammlung statt. Unentschuldigtes Fehlen wird sofortigst bestraft. Der Vorstand trifft sich eine Stunde früher.

Fichte, Fußballabteilung. Unsere Spiele finden am 24. Januar wie folgt statt: 10 Uhr 2. Jugend — Diemitz 2. Jugend; 11 Uhr 1. Jugend — Diemitz 1. Jugend; 1 Uhr 2. — Diemitz 2.; ½3 Uhr 1. — Diemitz 1. Auf pünktliche Einhaltung dieser Zeiten ist Wert zu legen, da um 4 Uhr ein handballerischer Spiel beginnen soll.

Der Spielausschuß.

SRV. Minerva 09 (Fußball). Am Sonntag, dem 24. Januar, ½3 Uhr, spielt die 1. Mannschaft gegen Sportfreunde 1. auf dem Minerva-Platz in folgender Aufstellung: Weinrich, Teutloff, W. Reichardt, Kotsch, Schmidt, Röhme, Stuter, Baumann, Hinze, Wagner, Stolze. Treffpunkt ½2 Uhr bei Weinrich.

Minerva 09 (Handball). Sonntagspiele: Minerva 1. Herren — Wannsdorf 2. 2 Uhr 10 Wannsdorf, Minerva Sportfreunde — Sportfreunde 1. Minerva-Platz. — Gesellschaftsspiel: Minerva — Wörmlitz 1. Schüler 12 Uhr in Wörmlitz. Schüler treffen sich um 11 Uhr am Röhrenwerk. Sportlerinnen Treffpunkt 9 Uhr bei Weinrich, Herten Treffpunkt ½8 Uhr Riebeckplatz, Fernbahn.

Boxsport

Sonntag, den 31. Januar, 7½ Uhr veranstaltet findet im „Deutschen Gesellschaftshaus" („Goldener Hirsch"), Halle, Leipziger Straße, ein **Großkampf im Boxen** statt, gewinnen. Beliebt die Veranstaltung des Kraftsportklubs Simson am Sonntag, dem Kampfklub der Magdeburger Stadtmannschaft verpflichtet. Da die Sportsfreunde bekanntermaßen im ganzen Kreise Boxsportfreies heißt, kann für guten Sport gewährleistet werden. Zum Box-Klub International, welcher schon fünf Jahre die Kreismeisterschaft hält, ist es mitten nicht leicht gemacht, ein entreuliches Resultat zu erzielen. Trotzdem wird die Kreismeisterschaft von International bestreitet sein, einen Sieg für sich zu buchen. Sämtliche Kämpfe werden über 5 Runden ausgetragen. Da regen Zuspruch zu erwarten ist, weisen wir auf unsere Vorverkaufsstellen hin, welche an den Filialen bekanntgemacht sind; auch sind bei jedem Mitglieder Karten im Vorverkauf zu 75 Pfennigen und 1 Mark erhältlich. Die Sportgenossen Gutsche, Hinze, Viertel und Sandet, welche am Sonntag, dem 24. Januar, nach Naumburg fahren, treffen sich ½11 Uhr vormittags in der Vorhalle des Hauptbahnhofes.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 4. Kreis, 1. Bezirk, 11. Gruppe

Am 17. Januar fand die Gruppen-Generalversammlung in Teuchig statt. Nach einiger Diskussion wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der Jugendleiter gab bekannt, daß die Jugendgruppe bei großen Veranstaltungen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Berlin. Schaden wurde eine Entschließung angenommen, in der im Hinblick auf die heutige Situation gefordert wird, der Reaktion die geschlossene proletarische Einheitsfront gegenüberzustellen und besser zu organisieren, die Abtrennung der Erfurter zu verhindern und hatt hoffen den Erwerbslosen eine entsprechende Unterstützung zukommen zu lassen.

FC. Union, Wolfgang. Im Freundschaftsspiel trafen sich am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags ½3 Uhr, Union 1. Jugend und Wölfis 1. Jugend. Unions Mannschaft, welche anhaltend überlegen spielte, konnte bis zur Halbzeit drinnen einsenden. Nach dem Seitenwechsel dasselbe Bild. In gleichmäßigen Abschnitten wurde der Wölfiser Torwarm den Ball noch hinzumal aus dem Netz holen. Mit dem Resultat von 9 : 0 für Union trennte der sicher leitende Schiedsrichter beide Mannschaften.

FZ. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle. Wir machen unsere Mitglieder hierdurch nochmals auf den am Dienstag, den 26. Januar, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Vortrag des Sport- und Kulturkartells über Sport- und Kulturfragen der Arbeiter aufmerksam. Desgleichen weisen wir auf den am Dienstag, dem 26. Januar, stattfindenden Vortrag „Neues über Wetterkunde" hin.

Turnerbund Zeitz (Rasseball). Spiele vom 17. Januar: Turnerbund 1. — Aue 1. 3 : 3, Turnerbund 2. — Aue 2. 6 : 3 für Turnerbund, Turnerbund 1. Jugend gegen Aue Jugend 3 : 1 für Turnerbund.

Turnspieler des 4. Bezirks im 5. Kreis

Die Vereine, welche sich an den Turnspielen im Handball, Rasseball, Faustball und Trommelball beteiligen wollen, müssen ihre Mannschaften bis 1. Februar gemeldet haben. Meldungen sind zu richten an den Bezirksspielwart.

Paul Naumann, Merseburg Nr. 18.

2. Kreis, 6. Bezirk, 5. Gruppe

Folgende Vereine stehen noch mit Bezirks- und Kreisbeiträgen von 1925 aus: Cölbeln 12,60 Mk., Bradstedt 15 Mk., Gutenberg 8,40 Mk., Könnern 42,60 Mk., Naundorf 6 Mk., Wettin 5,40 Mk., Seeben 45,60 Mk. und Trebitzsch 5,40 Mk. Ich ersuche diese Vereine dringend, die Gelder umgehend bis spätestens 6. Februar an meine Adresse zu senden, damit ich diese Gelder zu unserer Verwaltungssitzung am 7. Februar abführen kann. Vereinen, welche bis dahin ihren Verpflichtungen an Beiträgen nicht nachgekommen sind, geht das Telegrammrecht zum Bezirkstag (28. Februar) verloren und haben sich damit abzufinden, was die Verwaltungsgruppe am 7. Februar beschließt. Also, schnelle Erledigung ist Pflicht, damit auch unser 6. Bezirk zum Bundestag vertreten ist. Bundesgeschäftsführer muß in diesem Jahre unterbunden werden, und dementsprechend wird auch der Bezirkstag beschließen. Auch erwarte ich von allen Gruppenvereinen, daß das Meldewesen restlos durchgeführt ist, andernfalls dieses sofort nachzuholen ist; es darf nicht vorkommen, daß Vereine überhaupt nicht melden. Dies zeugt von großer Interessenlosigkeit.

Betrifft Olympiade-Film. Allen Gruppenvereinen zur Kenntnis, daß der Frankfurter Olympiade-Film „Die neue Großmacht" Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, in Halle im „Volksport" vorgeführt wird. Ich ersuche alle Vereine, hierzu Stellung zu nehmen, damit alle Bundesgenossen sich diesen Film ansehen können. Besonders den Arbeitsloses und denjenigen Bundesgenossen, welche dem Bund nicht persönlich betrachten konnten, muß ermöglicht werden, diesen Film anzusehen.

Karl Schöne, Gruppenvorsitzender, Teicha Nr. 28.

2. Kreis, 8. Bezirk

Sonntag, den 31. Januar, vormittags 9 Uhr, in Bitterfeld (Gesellschaftshaus) Vorstandssitzung der Turnerjugend. Am gleichen Tage darauf bestimmt 1 Uhr Sitzung des Bezirksrates. Zum Bezirksrat gehören die Vertreter der Gruppen sowie die Vertreter der Spartten.

Am Sonntag, dem 21. Februar, findet ebenfalls der allgemeine Bezirkstag statt: Vormittags 9 Uhr Sportvorführungen, mittags 1 Uhr Bezirkstag. Die Tagesordnung erscheint später. Jeder Verein hat einen Stammdelegierten, auf 100 Mitglieder einen Delegierten, auf jeder weitere Hundert einen weiteren Delegierten (Bruchteile über 50 Mitglieder zählen voll entlenden. Die Delegierten müssen mit schriftlichen Mandaten versehen sein. Mitgliedsbücher sind nicht mitzubringen. Anträge zum Bezirkstag müssen 14 Tage vor Stattfinden desselben schriftlich bei mir eingereicht sein.

Vereinsleiter, denkt an Euren Beschluß: Wer sich an den Veranstaltungen des Bezirks nicht beteiligt, hat kein Anrecht auf die Vergünstigungen des Bezirks.

Der Bezirksvor. J. A.: Otto Thomas.

2. Kreis, 8. Bezirk. Am Sonntag, dem 17. Januar, weilte die Stadtmannschaft des Turnvereins „Frisch auf" Berlin-Wittenberg-Pieskerstr. in Berlin, um einen Stadtkampf im Gerätekunstum zwischen „Fichte" Berlin, Kreuzkiez und Berlin-Wittenberg-Pieskerstr. auszutragen. Die Veranstaltung fand in der Zentralturnhalle in der Prinzenstraße statt und endigte mit einem knappen Sieg der Fichte-Mannschaft. Gerätet wurden an Reck, Barren und Pferd je eine Pflicht und eine Kürübung, ein Kürprung am Pferd lang und eine Kürtestübung. Der von drei Kampfrichtern gewertete Wettkampf endete mit folgendem Resultat: Fichte Berlin 2290 Punkte, Klein-Wittenberg-Pieskerstr. 2260 Punkte und Kreuzkiez 1920 Punkte. Es war ein schönes Gerätekunstum, und vor allem ein spannender Kampf zwischen den beiden gleichwertigen Mannschaften, da beide „Fichte" und beide „Frisch auf" die Führung hatte. Kreuzkiez konnte leider nicht so mit.

Bitterfeld. Olympia-Feiern 1 : 6. Fußball bei Hochwasser. Am 24. Januar treffen sich in Bitterfeld genannte Mannschaften zum Spielen. Es ist nicht Ehrlichkeit der Genosse Liebke das Spiel an. Es geht mit Anstoß um 8. Infolge eines flottes Spiel ein, welches trotz des Hochwassers durchgeführt wird. Nach einigem Auf und Ab gelang es B. 1 Tor zu gewinnen, in Führung zu gehen. Nun versucht Zeitzer den Ausgleich zu erzwingen, das trotz großer Anstrengung nicht gelang. B. drückt mächtig und kann in der 25. Minute durch Fehlentscheidung Nr. 2 buchen. In der 29. Minute bricht der Schiedsrichter beim Stande von 2 : 0 für B. ab. Nach einer Pause 10 Min. Fortsetzung. — Adler Coswig 1 tritt Coswig nicht an. Wolfen 2. — Adler Coswig 2 spielten 1 : 3 für Coswig. Coswig siegt verdient. Wolfen 1. Wolfen — Adler Coswig Jugend spielten 0 : 8 für Coswig.

Bitterfeld. Vom Arbeiter-Sport- und Bildungsfartell wird uns geschrieben: Eine Unfreundlichkeit herrscht hier innerhalb der parteilichen und proletarischen Organisationen über den Besuch der Veranstaltungen und Vergnügen, welche von seiten der Organisationen und Vereine, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, veranstaltet werden. Mitglieder einzelner Arbeitersportvereine ziehen es vor die Veranstaltungen bürgerlicher Vereine zu besuchen, statt die unsrigen. Wir rufen deshalb allen Arbeitern und Sportlern zu: Besucht nur die Veranstaltungen der Arbeiter-Organisationen! Schließt Euch fester zusammen denn je. Stellt die proletarische Einheitsfront! Nehmt den Kampf auf gegen die bürgerlichen Sportvereine, versucht alle darin befindlichen Arbeitermitglieder für unsere Bewegung zu gewinnen. Besucht die Veranstaltung des Kraftsportklubs Simson am Sonntag, den 31. Januar, im „Gesellschaftshaus", der Bühnen-Schauturnen der 1. Kreis, 6. Bezirk am 31. Januar im gleichen Lokal und die Veranstaltung der Freien Turn- und Sportvereinigung 03 am 7. Februar. Kein Arbeiter und Sportler darf die Veranstaltungen versäumen und keinen Pfennig mehr den bürgerlichen Vereinen geben.

Arbeiter-Turnverein „Frisch auf" Delitzsch

Unsere Uebungsstunden für Turner finden Montags und Donnerstags, abends 8 bis 10 Uhr, statt; für Turnerinnen Donnerstags und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr; für Kinder Montags und Mittwochs von 6 bis 8 Uhr, und zwar in der Turnhalle, Bitterfelder Straße.

Vereinsversammlungen regelmäßig jeden ersten Donnerstag im Monat, abends 8 Uhr, im Kindenhof.

Vorstandssitzung eine Woche vor der Versammlung in der Turnhalle. Dies den Mitgliedern und Vereinsfunktionären zur Nachricht.

EJUS

Roman von Lawrence H. Desberry

(Nach dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen)

Ich zog einen mit Bleistift geschriebenen Brief aus der Tasche und warf ihn auf den Tisch. „Lesen Sie, Word."

Der Arzt rückte näher an die Lampe und las:

„Golden Hill, nia Tallahassee, den 30. Sept. 19..

Lieber Bert O'Keefe!

Ich weiß nicht, ob dieser Brief in Ihre Hände gelangen wird, ich muß dennoch versuchen, irgendwie mit Ihnen in Verbindung zu gelangen. Etwas Geheimnisvolles, Unheimliches geschieht, ich glaube, die Ursache ist der alte Mann, von dem ich noch nicht bestimmt glaube, daß es mein Onkel John sei.

Gestern jemand muß uns im Hotel oder im Zentral-Park beobachtet haben. Am folgenden Nachmittag rief mich mein Vater in sein Arbeitszimmer; auch meine Mutter war zugegen. Die beiden waren äußerst erregt und zornig. Mein Vater fuhr mich an: „Habe Dir immer Deine Freiheit gelassen, Ethel, doch ahnte ich nicht, daß Du sie dermaßen mißbrauchen würdest!"

Der völlig verblüfft, fragte, was ich denn Böses getan habe.

„Ein junges Mädchen aus guter Familie, das sich mit einem ganz verworfenen Individuum in einem öffentlichen Park ein Rendezvous gibt, wie ein Dienstmädchen!" schrie meine Mutter. „Und Du noch zu fragen, was Du getan hast?"

Liebe Benedikt, Ethel, ist gemein und schamlos. Du kommst mit dem Menschen zusammen, den ich nie und nimmer über die Schwelle des Hauses lassen würde, mit dem Reporter eines ganz niederträchtigen Hetzblattes. Du, eine junge Dame der Gesellschaft, Ethel Henry Brights."

Ich wußte ich bereits, worum es sich handle.

„Ich habe keine Lust, den Leuten zum Gespött zu werden, unseren guten Namen durch einen Skandal befleckt zu lassen," fuhr mein Vater fort. „Da man sich auf Dich nicht verlassen kann, habe ich beschlossen, Dich nach Golden Hill zu schicken. Dort kannst Du in Ruhe Deine Liebelei mit diesem minderwertigen Subjekt nachdenken."

Lassen Sie mir, Herr O'Keefe, daß ich die beleidigenden Aeußerungen meines Eltern wiederhole, aber ich habe irgendwie das unklare Gefühl, daß hinter dem Verhalten meines Vaters noch etwas anderes steckt, daß ich aus einem anderen Grund fortgeschickt wurde; was dieser Grund sein kann, ohne ich freilich nicht."

Harvey Word hob den Kopf: „Der Grund dürfte wohl unser geheimnisvoller alter Mann sein," meinte er.

„Ja, das dachte auch ich," erwiderte Jack Benson, „lies weiter."

Harvey nahm abermals den Brief zur Hand.

„Während der Tage, die ich noch in Newport verbrachte, wurde ich gequält, wie eine Gefangene, durfte nur in Begleitung meiner Mutter das Haus verlassen, durfte keine Briefe schreiben, und meine gesamte Korrespondenz wurde von den Eltern geöffnet. Es war mir völlig unmöglich, Sie zu benachrichtigen.

Auch hier, in Golden Hill, werde ich derart behandelt, lebe mit einer Gesellschafterin zusammen, die mich nicht aus den Augen läßt. An den Parkausgängen stehen Gärtnerjungen, anscheinend, um mich am Verlassen des Parks zu hindern.

Sie müssen meine unleserliche Schrift verzeihen, aber ich schreibe nachts beim blassen Schein des Vollmonds, wage nicht, das elektrische Licht anzuzünden, um nicht Fräulein Jones zu wecken, die im anstoßenden Zimmer schläft und deren Tür offen steht.

Zum Glück fand ich in einer Manteltasche noch eine Marke — meine Börse wurde mir genommen und ich besitze keinen Cent —. Da ich im Park allein spazieren gehen darf, werde ich den Brief um einen Stein binden und über die Parkmauer schleudern. Vielleicht ist ein Vorübergehender so freundlich, ihn aufzuheben und in den Briefkasten zu werfen.

Schreiben Sie mir nicht, es hätte keinen Sinn, da die Post von Fräulein Jones übernommen wird und sie alle meine Briefe liest.

Ich begreife nicht, was meine Eltern durch ihr grausames Verhalten bezwecken, aber vielleicht gelingt es Ihnen, dieses Rätsel zu lösen.

Versuchen Sie, mir zu helfen, lieber Herr O'Keefe; mir ist zumute, als müßte ich hier in dieser trostlosen Einsamkeit den Verstand verlieren.

Ihre verzweifelte Ethel Bright."

„Armer kleiner Teufel," sagte Tommy, der aufmerksam zugehört hatte. „Man muß ihm helfen."

„Ich werde jedenfalls nach Florida fahren," erklärte O'Keefe.

„Es wird Ihnen nicht gelingen, in Golden Hill einzudringen," meinte Jack Benson nachdenklich.

„Das weiß ich. Aber ..."

„Etwas muß geschehen," sprach Harvey Word, „das arme Mädchen kann auf diese Art tatsächlich zum Wahnsinn getrieben werden. Ich kenne Fräulein Bright, sie ist ein empfindsames, überaus nervöses Geschöpf, das einer derartigen geistigen Folter nicht lange zu widerstehen vermag."

Sich hinter dem Ohr, brummte vor sich hin und fragte dann unvermittelt: „Verstehen Sie sich darauf, Handschriften nachzuahmen, Herr O'Keefe?"

Der Reporter blickte ihn erstaunt an. „Ja, Tommy, das ist eine meiner Spezialitäten, auf die ich ganz besonders stolz bin. An mir ist ein erstklassiger Wechselfälscher verloren gegangen. Aber was hat das mit unserem Problem zu tun?"

Tommy warf ihm einen mitleidigen Blick zu, der klarer als Worte sagte: „Bist Du aber dumm!" Und O'Keefe, die stummen Worte verstehend, lachte laut auf: „Ja, Tommy, so smart wie Ihr Amerikaner bin ich noch lange nicht. Erbarmen Sie sich dabei meiner Dummheit und enthüllen Sie Ihren Plan."

Tommy wurde verlegen: „Ich sagte doch kein Wort . . ."

„Aber Ihre Augen sagten viele Worte. Nun reden Sie aber auch mit der Zunge, mein Sohn."

„Ich dachte . . ." begann Tommy, „wenn Sie zum Beispiel mit einem Brief von Henry Bright an Fräulein Jones nach Golden Hill kämen, etwa als Arzt, der Fräulein Ethel behandeln soll . . . dann würden Sie doch eingelassen werden, nicht wahr?"

„Eine famose Idee, Tommy, aber wie soll ich mir den Brief verschaffen?"

„Den sollen Sie natürlich selbst schreiben."

„Aber, mein guter Junge, ich kenne doch Herrn Brights Schrift nicht."

„Ich kann Ihnen vielleicht eine Probe verschaffen," erklärte Tommy mit dem schlichten Stolz eines allmächtigen Genies, für das es keine Unmöglichkeiten gibt.

„Prahl nicht, Tommy," warnte Word. „Du bist ja ein Wundes, aber das dürfte selbst Dir nicht gelingen."

„Könnt Ihr schweigen?" fragte Tommy feierlich und blickte sich im Kreis um. „Versprecht Ihr mir, nie einem Menschen zu verraten, was ich Euch jetzt sage?"

Alle drei gaben das geforderte Versprechen.

„Also hört mich an: Herr John Bright wird in den nächsten Tagen einen betrüchtlichen Verlust erleiden. Die vielen Gold- und Silbergegenstände in seinem Hause haben einen Liebhaber gefunden. Eines meiner Freunde arbeitet dort seit drei Monaten als zweiter Diener, um das Terrain zu sondieren. Der Coup soll in den nächsten Tagen ausgeführt werden. Ich will nun meinen Freund ersuchen, mir von dieser Gelegenheit einige Proben von der Schrift des Herrn Bright zu verschaffen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260125-12/fragment/page=0006